Überwältigendes Interesse an der VR China S. 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 26 vom 28. Juni 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Sichere Arbeitsplätze durch Handel mit Moskau ?

Moskau will nur eins Macht!

Während seines Besuchs in der Bundesrepublik hat der Sozialimperialist Nowikow, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der Sowjetunion, unter anderem auch die Howaldtswerft in Kiel aufgesucht. Und natürlich haben die modernen Revisionisten der D„K"P diesen Besuch sofort zum Anlaß genommen, um unter den Arbeitern der Werft ein Flugblatt zu verbreiten, in dem sie enthusiastisch damit prahlen, daß die Verstärkung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion die Arbeitsplätze sichere und dem Frieden und der Entspannung nütze. In der letzten Zeit legen die modernen Revisionisten der D„K"P besonderes Gewicht auf diese Art der Propaganda, nicht nur in der UZ, sondern vor allem in den Betriebszeitungen für die Arbeiter, bei Krupp, bei Mannesmann, bei Hoesch . . ., den größten und wichtigsten Betrieben.

Verlogen und verräterisch ist diese Propaganda, kaltblütig darauf berechnet, Lohnraub, Kurzarbeit und wachsende Arbeitslosigkeit auszunutzen, um der Arbeiterklasse und allen Werktätigen das Weltherrschaftsstreben der Neuen Zaren im Kreml schmackhaft zu machen und die Wachsamkeit vor diesen Räubern einzuschläfern.

Als Nowikow in Kiel war, verhandelten die sowjetischen Sozialimperialisten mit der Howaldtswerft gerade über die Lieferung von Schiffen im Wert von 1,2 Milliarden DM. Kurz zuvor hatten sie bei Mannesmann für die nächsten beiden Jahre eine Million Tonnen Röhren bestellt und einem Konsortium westdeutscher Kapitalisten unter der Führung von Krupp den Auftrag zum Bau der ersten Stufe eines großen Hüttenkombinats in Kursk – Wert drei Milliarden DM – gegeben. Diese Geschäfte, diese Großaufträge, an denen die westdeutschen Monopole Unsummen verdienen, seien, so brüsten sich die modernen Revisionisten der D„K"P, gut und nicht schlecht für die Arbeiterklasse. Schon heute, so sagen sie, sichern die Aufträge der Sowjetunion Hunderttausende von Arbeitsplätzen und jeder neue Auftrag, jede Verstärkung, jede Vertiefung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sichert weiteren Kollegen Lohn und Arbeit. Dies alles deshalb, weil die Sowjetunion ein sozialistisches Land sei, dessen Wirtschaft keine Krisen kenne.



Das ist die „brüderliche Hilfe" der Sozialimperialisten! (Prag 1968)

Wie sie lügen! Die Sowjetunion von heute ist kein sozialistisches Land. Eine neue Monopolbourgeoisie herrscht über die Arbeiterklasse und beutet sie aus. Eine Monopolbourgeoisie, die, mag sie sich auch noch so sehr mit Worten wie Sozialismus oder mit den Namen Marx' und Lenins schmücken, kein anderes Streben als die Jagd nach dem höchsten Profit kennt; die nicht nur die Arbeiter der Sowjetunion ausbeutet und eine faschistische Diktatur errichtet hat, sondern die auch die ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas und die Mongolei zu ihren Kolonien gemacht hat. **Die Sowjetunion von heute ist eine imperialistische Supermacht, die mit der anderen Supermacht, den amerikanischen Imperialisten um die Weltherrschaft ringt, ein Ringen, das unvermeidlich zum Krieg führen wird. Die Neuen Zaren im Kreml sind Sozialisten nur in Worten, in der Tat aber Imperialisten.**

Und heute muß die sowjetrevisionistische herrschende Clique selbst zugeben, daß die Wirtschaft des ganzen Landes in einer tiefen Krise steckt, daß das Produktionswachstum stagniert und die Tatsache, daß die Pläne nicht erfüllt werden, bereits zu einer ständigen und allgemeinen Erscheinung geworden ist. Einige Beispiele aus den ersten beiden Monaten dieses Jahres: 16% der Nichteisenmetallbetriebe, 25% der Kohlegruben, 14% der Betriebe der Leichtindustrie, 12% der Betriebe der chemischen Industrie haben ihre Pläne bei weitem nicht erfüllt und diese Aufstellung ließe sich, gestützt nur auf die offizielle Statistik, beliebig fortführen. **Die Tatsachen zeigen, daß die Wirtschaft der Sowjetunion ebenso wie die Wirtschaft anderer kapitalistischer Länder in einer tiefen Krise steckt.**

Fortsetzung auf Seite 3

Wahlerfolg der Revisionisten in Italien

Dem Sozialimperialismus wird der Weg gebahnt

Bei den italienischen Wahlen für die Regionalvertretungen haben die Revisionisten der „K"PI fast 6% Stimmen gewonnen. Damit verfügen sie in sieben der 15 italienischen Regionen über die Mehrheit. Immer offener drängen sie sich, für die Bourgeoisie die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Revisionistenführer Berlinguer forderte noch in der Nacht nach der Wahl, daß seine Partei nach dem Ausgang dieser Regionalwahlen von der „Demokratia Christiana", der christdemokratischen Partei an der Regierungsführung beteiligt werde.

Bürgerliche Zeitungen, wie zum Beispiel die „Neue Züricher Zeitung", geben unumwunden zu, daß dieses Wahlergebnis für die Revisionisten nur deshalb möglich ist, weil sie nicht mehr eine Partei des Proletariats, sondern eine Agentur der Monopolbourgeoisie geworden ist. So heißt es in der „Neuen Züricher Zeitung": „Der Stimmenwechsel war nur möglich, nachdem es der KPI in den letzten Jahren immer mehr gelungen war, sich nicht mehr als **revolutionäre** Kraft, sondern als Partei der **Reformen** und der **Ordnung** zu empfehlen." Vertreter großer italienischer Monopole haben bereits öffentlich für die Revisionistenpartei geworben, indem sie die Vorteile herausstrichen, die ihnen diese Revisionistenpartei bringt: daß die Revisionisten durch ihren Einfluß doch entscheiden könnten, ob gestreikt wird oder nicht, und daß im übrigen die Revisionisten in den Institutionen, wo sie bereits arbeiten, sich als sehr vernünftig erwiesen hätten.

Daß Berlinguer und seine Revisionistenpartei nachdrücklich in ihrer Propaganda von der Monopolbourgeoisie unterstützt werden, zeigt zugleich in wessen Interesse Berlinguer und seine Bande die „Verhältnisse zu ordnen" gedenken: im Interesse des Kapitals. Revisionistenführer Berlinguer erklärte auf einem ZK-Plenum seiner Partei in aller Offenheit, wie die Revisionisten zum staatlichen Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie stehen: „Wir sind weit entfernt davon', sagte er, „der Gesamtheit des Staatsapparates und der staatlichen Gremien Vorwürfe zu machen oder undifferenziert zu kritisieren. Im Gegenteil, wir erkennen nach wie vor die Treue zur Republik und zur Verfassung an, die Selbstlosigkeit und die von Beispie-

Fortsetzung auf Seite 8

1. Todestag von Genossen Günter

Gedenkfeier an seinem Grab

Am 18. Juni, dem ersten Todestag unseres Genossen Günter Routhier, versammelten sich Freunde und Genossen der Partei und der Roten Hilfe Deutschlands zu einer Gedenkfeier am Grab des Genossen Günter. Unter ihnen auch Rotraud Routhier. Sein Sohn Pit konnte an diesem Tag nicht bei seiner Mutter und seinen Genossen sein. Sein Kompaniechef hatte ihm keinen Urlaub gegeben, obwohl Rotraud den Kompaniechef persönlich darum gebeten hatte.

Die Teilnehmer der Gedenkfeier gingen geschlossen zum Grab. Vorn wurde der Kranz des Zentralkomitees unserer Partei getragen. Es folgten Parteifahnen und Bilder unseres von der Polizei ermordeten Genossen. Daran schloß sich ein Block mit Kränzen aller Landesverbände der Partei, der Ortsgruppe Duisburg der Partei und der Roten Garde, der Zentralen Leitung der RHD und der Ortsgruppe Duisburg der RHD an.

Am Grab hatte sich schon eine halbe Stunde vor Beginn der Gedenkfeier der Agit-Prop-Trupp zur Ehrenwache aufgestellt. Eine Reihe von Passanten versammelte sich um die Freunde und Genossen am Grab, aber auch Nachbarn des Genossen Günter, die gekommen waren, um seiner zu gedenken. Eine ältere Frau kam zum Grab und sagte den Genossen: „Bravo, das nenn ich Achtung! Ihr habt wenigstens Euren Kameraden nicht vergessen!"

Zu Beginn der Gedenkfeier sang der Agit-Prop-Trupp das Lied „Unsterbliche Opfer". Ein Genosse der Ortsgruppe Duisburg der Partei hielt die Gedenkrede. Danach sprachen ein Vertreter der RHD und ein Vertreter der Gruppe Rote Fahne („KPD"). Mit der Internationale und einer anschließenden Gedenkminute wurde die Feier beendet.

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT

Scheel in Washington 2
Kreml hetzt gegen Antihegemonieklausel 2
Abhöraffäre in Bonn 2
CIA-Aktivitäten in Italien 2
Jugendarbeitslosigkeit/Freie Berufswahl nichts als Betrug 4
Gespräch mit polnischem Arbeiter . 6
Besucher aus der DDR: Haß auf Moskau – Bewunderung für China . 6
„Gemeineigentum" – Marke Moskau 6
Genosse G. Schmidt soll ins Gefängnis 7
1. Todestag des Genossen Günter . 7
Frankreich: 50 Fabriken besetzt . . . 8
Oman-Demonstration in Köln . . . 8
Palästina: Die Revolution ist stärker denn je 9
Frauenveranstaltung der Kommunisten/Marxisten-Leninisten in Paris . 9
Soldat bei Manöver getötet 10
Studentendemonstration in Mainz/ Revisionisten holen Polizei . . . 10
Kommunistischem Lehrer droht Entlassung 10

Abhöraffäre

Jeder gegen jeden – alle gegen das Volk

Die CDU-Politiker Kohl und Biedenkopf, die ihr vor acht Monaten geführtes Telefongespräch inzwischen im „Stern" nachlesen können, fanden plötzlich harte Worte für die sonst von ihnen in den höchsten Tönen gelobte Bonner Demokratie. In der Tat wirft die neueste Bonner Abhöraffäre ein bezeichnendes Licht auf die Wirklichkeit der Demokratie hinter den vielbeschworenen angeblichen Grundrechten in der Verfassung.

Die Reaktion der Bonner Politiker auf die plötzlich aufgetauchten Abschriften des Telefongesprächs zwischen Kohl und Biedenkopf mag manchen zumindest erstaunt haben. Wer etwa geglaubt haben mag, in unserer doch auf den höchsten Werten von Freiheit und Demokratie aufgebauten Ordnung müßte es den zuständigen Stellen doch arges Kopfzerbrechen bereiten, herauszubekommen, wer für solch schmutzige Geschäfte überhaupt in Frage komme, der sah sich eines anderen belehrt. Mögliche Täter gab es zuhauf. Vom amerikanischen Geheimdienst CIA, vom sowjetischen Geheimdienst KGB, dem französischen und englischen Geheimdienst, von bundesdeutschen Geheimdiensten bis zu verschiedenen privaten Schnüffelfirmen gab es kaum eine Nachrichtenorganisation, die nicht der Tat verdächtigt wurde. Nicht anders war es mit den Auftraggebern und Interessenten an dieser Affäre. Auch hier reichte die Palette von den beiden Supermächten über verschiedene Vertreter des westdeutschen Imperialismus bis hin zu Kohl und Biedenkopf selber.

Daß Westdeutschland ein Tummelplatz für ausländische Geheimdienste, allen voran die Geheimdienste der beiden Supermächte ist – das ist das eine, was jedem beim Lesen der bürgerlichen Berichterstattung über diese Abhöraffäre klargeworden sein muß. Daß das Denken und Handeln unserer „Volksvertreter" mitnichten das harte Ringen um Freiheit und Demokratie zum Wohle des Volkes bestimmt, sondern das Caten-as-Catch-can, bei dem jeder Politiker dem anderen auch noch die schmutzigsten Mittel und Methoden um einen noch wärmeren Platz an der Sonne zutraut, ist das zweite.

Das dritte Merkmal dieser Abhöraffäre schließlich ist das gleiche wie bei allen größeren und kleineren Watergates in der kapitalistischen Welt. Geschrieben wird über die „bedrohte Privatsphäre" von bürgerlichen Politikern wie Kohl und Biedenkopf. Verschwiegen wird nach wie vor die Bespitzelung von Hunderten und Tausenden von Kommunisten und fortschrittlichen Menschen. Vertuscht wird, daß die hauptsächliche Aufgabe der Nachrichtendienste die Lieferung von Material über die werktätige Bevölkerung ist, damit die Bourgeoisie sie besser verfolgen und unterdrükken kann. Jeder gegen jeden und alle gegen das Volk – das zeigt sich auch bei dieser neuen Abhöraffäre.

Scheel in Washington

Verrat an der Nation bekräftigt

In einer Atmosphäre der Beteuerung der guten Beziehungen, der festen Verbindung und der Beschwörung der gemeinsamen Verantwortung für die westliche Welt, verlief der Staatsbesuch Scheels in den USA.

Gegenseitig überschütteten sich Scheel und Ford mit Komplimenten und Auszeichnungen. Selbst seine Nierensteine konnten Scheel nicht davon abhalten, seine Treue zum US-Imperialismus zu bezeugen. So erhielt er die Ehrendoktorwürde der Georgetown-Universität und die Ehrenbürgerschaften von den drei wichtigsten Städten der USA.

Vor dem Kongreß stellte Scheel den westdeutschen Imperialismus als den militärisch stärksten und politisch wichtigsten Bündnispartner des US-Imperialismus heraus. Er lobte die Politik des US-Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg und forderte die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit auf Dauer. Mehrere Millionen blätterte Scheel den US-Imperialisten für eine McLoy-Stiftung auf den Tisch. McLoy ist ein Feind des deutschen Volkes. Er setzte nach dem zweiten Weltkrieg als Hochkommissar der US-Besatzer die Teilung Deutschlands mit durch und hievte den westdeutschen Imperialismus mit in den Sattel. Hier beweisen die westdeutschen Imperialisten wieder, daß sie elende Verräter der deutschen Nation sind.

Die US-Imperialisten haben natürlich ein großes Interesse an solchen Beziehungen zu den westdeutschen Imperialisten. Denn ihr Interesse ist, hier in Europa ihren Einfluß, um den sie mit der zweiten Supermacht, dem sowjetischen Sozialimperialismus rivalisieren, auszubauen. Dabei spielt der westdeutsche Imperialismus für sie natürlich eine wichtige Rolle.

Dieser Staatsbesuch Scheels, der als Erfolg für die Sicherung der Interessen des deutschen Volkes dargestellt wird, dient nicht den Interessen des Volkes, sondern nur den Interessen des westdeutschen Imperialismus und vor allem den Hegemoniebestrebungen des US-Imperialismus.

Friedensvertrag VR China-Japan

Kreml hetzt gegen Antihegemonieklausel

Mit verschiedenen Manövern versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten das Zustandekommen des Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen der Volksrepublik China und Japan zu sabotieren. Die Volksrepublik China und Japan verhandeln zur Zeit über die Aufnahme einer Anti-Hegemonie-Klausel in dem Text des Vertrages.

Diese Klausel richtet sich gegen jegliche Vorherrschaftsbestrebungen im asiatischen Raum, die vor allem von den beiden Supermächten ausgehen. Sie ist wichtig für die Sicherheit aller Länder in diesem Raum.

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben eine große Anzahl von „Studenten" und „Reportern" nach Japan geschickt, die Informationen sammeln und Propagandaarbeit gegen den Friedens- und Freundschaftsvertrag betreiben. Diese Agenten haben keine Mühe gescheut, gegen die Einbeziehung der Anti-Hegemonie-Klausel in den Vertrag zu hetzen. Mit frechen Lügen versuchen sie, die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Japan zu sabotieren. Sie versuchen, mit einflußreichen Leuten Kontakt aufzunehmen, um ihre Forderungen durchzusetzen, dabei benutzen sie die sowjetische Armee um Japan als Druckmittel. Es ist eine Tatsache, daß die sowjetischen Sozialimperialisten den Luftraum über der japanischen Insel Rebunjiam verletzt haben. Es ist eine Tatsache, daß die sowjetischen Sozialimperialisten in die japanischen Gewässer Fischereiboote geschickt haben, die dort nicht nur Fische rauben, sondern Spionage betreiben. Es ist eine Tatsache, daß die sowjetischen Sozialimperialisten in den japanischen Gewässern Marineübungen abgehalten haben. Die Kurillen Inseln sind auch heute noch von den sowjetischen Sozialimperialisten besetzt.

Allein diese wenigen Beispiele zeigen, daß es gerade der sowjetische Sozialimperialismus ist, der seine Vormachtsbestrebungen im asiatischen Raum ausbauen will und dieses Vorhaben durch den Friedens- und Freundschaftsvertrag gefährdet sieht. Offiziell haben die Kremlführer Japan aufgefordert, daß es nichts unternehmen soll, was die Beziehungen Japans zur Sowjetunion beeinträchtigen könnte. Dabei gehen sie mit erpresserischen Methoden vor. Wenn Japan nicht auf die Forderungen der Kremlführer eingeht, drohen sie die Verhandlungen um einen Friedensvertrag zwischen Japan und der Sowjetunion sowie die Verhandlungen über die Herausgabe der Kurillen Inseln für Japan ins Wasser fallen zu lassen.

Die sowjetischen Sozialimperialisten sind es, die auf der ganzen Welt in Rivalität zum US-Imperialismus um die Vorherrschaft ringen, die andere Länder unter ihren Stiefel zwingen wollen um sie auszuplündern. Dieses Ziel verfolgen die sowjetischen Sozialimperialisten auch im asiatischen Raum. Deshalb greifen sie wütend die Volksrepublik China an, die mit diesem Vertrag einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der asiatischen Völker leistet. Der Wunsch des japanischen Volkes ist es, diesen Vertrag mit der Anti-Hegemonie-Klausel abzuschließen und die sowjetischen Sozialimperialisten sowie die US-Imperialisten aus ihrem Land zu vertreiben.

"Nuova Unita" Zentralorgan der KPI/ML enthüllt

CIA-Aktivitäten in Italien

In ihrer Ausgabe vom 3. Juni 1975 entlarvt „Nouva Unita", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, die subversive Tätigkeit des US-Geheimdienstes CIA in Italien. Zu Beginn des Artikels geht die Zeitung auf die Versuche des US-Imperialismus ein, den italienischen Regierungsapparat immer direkter zu kontrollieren, um ihn „auf den Krieg, den die zwei Supermächte schüren, vorzubereiten". Die Zeitung schreibt weiter:

„Die Pläne der Nato sehen in ‚Fällen der Notwendigkeit' eine sofortige Umbildung des Transportwesens, des Fernmeldewesens usw. vor, um sie funktionsfähig den in unserem Land operierenden US-Basen zu unterstellen. (. . .) Das Fernmeldewesen ist sicherlich das technologische Herz dieser Vorhaben und es nimmt auf der Liste der Nato auch einen vorrangigen Platz ein. Betrachten wir die letzten beiden ‚Umkrempelungen'.

IM STAATLICHEN RUNDFUNK UND FERNSEHEN (RAI-TV)

Die neuen führenden Personen an der Spitze von Rundfunk und Fernsehen sind benannt worden. Die von den bürgerlichen und revisionistischen Zeitungen so sehr an die große Glocke gehängte ‚wirkliche Reform' beschränkt sich auf die Ernennung eines neuen Generaldirektors, der den Fanfani-Anhänger Bernabei ersetzt. Er heißt Michele Principe, ist Christdemokrat und zur Zeit Direktor des Post- und Fernmeldewesens. Der Grund für seine Nominierung an die Spitze der RAI-TV ist in seiner Vergangenheit zu suchen. Er hat jahrelang als Offizier der Bergsalieri (Eliteeinheit Mussolinis – RM) Karriere gemacht. Danach ging er zur Post. Von 1961 bis 1964 war er Vorsitzender des ‚Komitees für zivile Transporte und Verbindungen der Nato'. Außerdem bekleidete er verschiedene ‚verantwortungsvolle' Posten im Fernmeldewesen des Verteidigungsministeriums. Ein vertrauensvoller ‚Techniker' also.

FERNMELDEWESEN

Die Nato hat ein vollständiges Kontrollsystem des römischen Telefonnetzes errichtet, das es ihr erlaubt, jedes Gespräch aufzufangen und die Leitungen lahmzulegen. Diese Nato-Anlage, die auch auf andere Städte Italiens erweitert wird, wird von bewaffneten Männern geschützt und genießt Exterritorialität wie die Botschaften. Sie befindet sich im Viale Cristoforo Colombo 153 – in den Räumen der zentralen Verwaltung des Postministeriums in Rom.

Die Anlage wurde von zwei Gesellschaften gebaut: Siette und Spait-Lazio. Beide werden von ITT (International Telephon und Telegraph) kontrolliert. ITT ist eine der Gesellschaften, der sich auch der CIA für seine subversiven Tätigkeiten bedient und war z.B. am Putsch in Chile beteiligt. In den vergangenen Monaten ist sogar der stellvertretende Direktor dieses multinationalen Putsch-Unternehmens William Merrian in Italien eingetroffen, um die Filiale zu leiten. Dieser hat sogleich beachtenswerte ‚Geschäftsverbindungen' zur ‚STAT', der Finanzgruppe des italienischen Fernmeldewesens aufgenommen. An dieser Gesellschaft ist außer ITT noch der Vatikan beteiligt. Die auch mit dieser Gesellschaft verbundene SIP stand vor einiger Zeit im Mittelpunkt des SID (Staatssicherheitsdienst), als dieser einen Staatsstreich vorbereitete. Eine letzte Besonderheit ist noch zu vermerken: William Merriam befand sich am 11. September 1973, als Pinochet sein Blutbad entfesselte, in Santiago."

Kurz berichtet

FREISING/ERDING

Im Raum Freising/Erding erschien eine neue Zeitung der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML mit dem Namen „ 's Rote Provinzblattl". Die erste Nummer der Zeitung nimmt mit einem Leitartikel Stellung zum Kampf gegen den schon seit einigen Jahren geplanten Großflughafen Erding. Weitere Artikel beschäftigen sich mit der Jugendarbeitslosigkeit, dem 1. Mai und dem Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi.



WESTBERLIN

Im Studentenwohnheim Nollendorfstraße in Westberlin führte der KSB/ML zusammen mit der FIS und dem „K"SV eine Spendensammlung für die Befreiungsbewegung in Oman und eine Veranstaltung durch. Von den 200 Bewohnern des Heims kamen ca. 40 auf die Veranstaltung. Es wurden insgesamt über 400 DM gesammelt.

WÜRZBURG

Mit einem Flugblatt antworteten die Partei und die Rote Garde auf ein erneutes „Volksfest" der amerikanischen Besatzertruppen. In dem Flugblatt wird entlarvt, daß solche Feste nichts als ein Köder sind, um die Wachsamkeit und die Kampfbereitschaft gegen die aggressiven Truppen des US-Imperialismus und die drohende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte einzuschläfern.

MÜNSTER

In Münster fand am 16. 6. eine Veranstaltung anläßlich der Ausstellung der VR China in Köln statt. Es wurde ein Referat zum Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik und zur friedliebenden Außenpolitik der VR China gehalten. Außerdem berichtete ein türkischer Kollege vom Kampf der türkischen Arbeiter bei Dynamit Nobel.

Solche Veranstaltungen anläßlich der Ausstellung der VR China in Köln fanden in allen größeren Städten in Nordrhein-Westfalen statt. Auch diese Veranstaltungen, die vielerorts von einer Reihe von Kollegen besucht wurden, die zum ersten Mal auf eine Veranstaltung der Partei kamen, spiegeln das große Interesse unseres Volkes an der sozialistischen VR China wieder.

NÜRNBERG

Anläßlich des ersten Todestags unseres Genossen Günter sammelten Rotgardisten und Sympathisanten aus Nürnberg 20 DM für die Prozesse, die die bürgerliche Klassenjustiz wegen der Verbreitung der Wahrheit über die Ermordung des Genossen Günter angestrengt hat.

BOCHUM

Am 20. 6. fand in Bochum eine Veranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman statt. Nach der Rede eines persischen Genossen wurden verschiedene Solidaritätsadressen verlesen, unter anderem auch die der Ortsgruppe Bochum der Roten Hilfe Deutschlands. Die Ortsgruppe Bochum der RHD. hatte für 3 000 DM Medikamente für das omanische Volk gesammelt. Dies ist ein großer Erfolg. Auf der Veranstaltung wurden über 100 DM zur Unterstützung des Kampfes gespendet.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,– DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer oben genannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Moskau will nur eins - Macht

Fortsetzung von Seite 1

Dies alles ist das Ergebnis der Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion, der Jagd nach Maximalprofiten der neuen Monopolbourgeoisie und ihrer wahnsinnigen Aufrüstung, die sie in der Vorbereitung eines Krieges mit den USA-Imperialisten um die Weltherrschaft betreibt. 80 Mrd. Rubel haben sie allein im vergangenen Jahr für die Rüstung ausgegeben und fast jeder Betrieb arbeitet direkt oder indirekt für die Kriegsmaschinerie der sowjetischen Sozialimperialisten.

Was wollen die sowjetischen Sozialimperialisten wirklich, wenn sie auf die Verstärkung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen drängen? Sie wollen die tiefe Krise der westlichen kapitalistischen Länder ausnutzen, um sich günstig Kapital, technisches „Know-how" und Ausrüstungen zu sichern und ihre eigenen Schwierigkeiten zu überwinden. Vor allem aber wollen sie die Gelegenheit ausnutzen, um in die Wirtschaft der Länder Westeuropas einzudringen, den amerikanischen Imperialismus aus Europa herauszudrängen und die Länder einzeln und jedes für sich unter ihre Kontrolle zu bringen. Schon Lenin sagte, daß für den Imperialismus wesentlich ist **„der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie"**, und die Manöver, Verträge, Aufträge der sowjetischen Sozialimperialisten an die westdeutschen Monopole sind eine Form, in der jetzt dieser Wettkampf stattfindet.

Die Struktur und die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den sowjetischen Sozialimperialisten und der westdeutschen Monopolbourgeoisie zeigt das deutlich. Die Neuen Zaren im Kreml wollen Kredite und sie wollen hochwertige Maschinen und Ausrüstungen, sie geben Aufträge für ganze Fabriken und riesige Kombinate, um ihre Industrie zu entwickeln und ihre Rohstoffe zu erschließen, nicht nur, weil sie gierig nach Maximalprofiten streben, sondern auch, weil sie eine starke industrielle Basis für den Krieg um die Weltherrschaft haben wollen. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben z.B. allein in letzter Zeit in Auftrag gegeben: ein riesiges Werk für LKWs an der Kama, ein Hüttenkombinat in der Nähe von Kursk im Wert von insgesamt 7 Mrd. DM, Großrohre für Erdgas und Erdöl mit einem Gesamtgewicht von 3,7 Mio. Tonnen, Fischfangschiffe für insgesamt 1,2 Mrd. DM, Ausrüstungen für die Erweiterung und den Ausbau der Textil-, der Leder- und der Werkzeugmaschinenindustrie, sie wollen westdeutsche Monopole an der Erdölsuche in der Barents-See beteiligen und verhandeln über den Bau von Atomkraftwerken, um nur einiges zu nennen. Darüber hinaus haben sie insgesamt neun Milliarden Dollar an Krediten bekommen. **Beim Abschluß solcher Verträge schachern und handeln die sowjetischen Sozialimperialisten skrupellos, scheuen nicht vor Erpressungen zurück, sind habgierig und verschlagen.** Das beste Beispiel dafür sind die gegenwärtigen Verhandlungen über den Abschluß der Verträge für den Bau des Atomkraftwerkes in Königsberg, deretwegen sich Nowikow extra mit Bundeskanzler Schmidt getroffen hat. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb tags darauf darüber: „So haben sich die Russen jetzt abermals darüber beklagt, daß die deutsche Lieferfirma zu hohe Preise berechne. Außerdem will die sowjetische Seite für den Strom, der aus Königsberg über Westberlin in die BRD fließen soll, höhere Strompreise berechnen, als bisher geplant war."

So versuchen sie, wenn die westlichen Monopole die Planungen bis zu einem gewissen Grad vorangetrieben haben, Geld investiert haben usw., neu über die Bedingungen der Verträge zu verhandeln, drohen mit Stornierung und Überweisung des Auftrages an ein anderes Monopol und versuchen, sich so erpresserisch neue, günstigere Bedingungen zu erschachern.

Entscheidender aber ist, daß die sowjetischen Sozialimperialisten nach Möglichkeit versuchen, ihre Schulden in der Form von Rohstoffen oder Energie zu bezahlen. Für das Atomkraftwerk in Königsberg z.B. versprechen sie Strom, für die Mannesmannrohre versprechen sie Erdgas usw. So hoffen sie, die Energieversorgung der westdeutschen Wirtschaft, die bisher zum größten Teil in den Händen der US-Monopole liegt, an sich zu bringen und diesen entscheidenden Sektor der Wirtschaft zu kontrollieren.

Heute kann man feststellen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten über den Abschluß einzelner Aufträge hinaus auf den verstärkten Abschluß von Handelsverträgen, Kooperationsabkommen drängen, an der Vereinbarung ständiger gemeinsamer Einrichtungen, wie Expertenkommissionen usw. stark interessiert sind. Heute gibt es bereits ein ganzes Netz von Verträgen und Vereinbarungen, von Verbindungen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Ein Netz, zu dem auch die Bildung gemeinsamer Unternehmen gehört, die hier in unserem Land eingerichtet werden sollen. Die Verbindungen und Verflechtungen zwischen den westdeutschen Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten haben sich gerade jetzt in der Krise rapide ausgedehnt. **Die Statistik zeigt, daß in den ersten drei Monaten dieses Jahres der Export insgesamt um 3,7% zurückgegangen ist, gegenüber den USA sogar um 28%, daß er aber gegenüber der Sowjetunion um 53% gestiegen ist.** Heute haben die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sowjetischen Sozialimperialisten und den westdeutschen Imperialisten eine Rekordhöhe erreicht und bestimmte Betriebe, wie Krupp (22%) exportieren bereits bis zu 1/5 und mehr ihres Gesamtexports in die Länder des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe".

Die sowjetischen Sozialimperialisten streben nach Hegemonie, nach der Weltherrschaft, sie rivalisieren mit den amerikanischen Imperialisten. **Ihre Wirtschaftsbeziehungen mit unserem Land sind Bestandteil dieser Rivalität, darauf berechnet, die amerikanischen Imperialisten aus Europa herauszudrängen, darauf berechnet, die wachsende Einheit der Länder Westeuropas zu spalten und zu sabotieren – daher ihr wütendes Auftreten gegen die EG – um sie einen gegen den anderen ausspielen und schlagen zu können.**

Mit der „Sicherung von Arbeitsplätzen", wie die modernen Revisionisten der D„K"P behaupten, hat das nichts zu tun. Mag sein, daß ein bestimmter Auftrag für eine kurze Zeit die Entlassung einer gewissen Zahl von Arbeitern verzögert, aber der Kampf der Imperialisten um die Märkte, um die größten Profite, beseitigt die Ausbeutung nicht, er verschärft sie im Gegenteil, wie die Rationalisierung in den Betrieben ebenso zeigt, wie die ständig wachsende Zahl von Arbeitslosen und Kurzarbeit. Schon im Kommunistischen Manifest schrieben Marx und Engels: „Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert."

Und wenn die modernen Revisionisten sich nicht gerade mit Flugblättern und Betriebszeitungen an die Arbeiter wenden, sprechen sie auch offener. Ein gewisser Professor Reinhold z.B. hat im „Neuen Deutschland" in der Sparte „Ideologische Fragen" offen zugegeben: „Natürlich wird durch diese Wirtschaftsbeziehungen die Krise nicht beseitigt oder ihr Verlauf wesentlich verändert. (. . .) Für viele Unternehmen und die dort beschäftigten Arbeiter spielen diese Wirtschaftsbeziehungen jedoch eine grosse Rolle. Das heißt, es wächst die Zahl jener, die ökonomisch an der Entspannung interessiert sind." Das sind offene Worte eines Lakaien der Sozialimperialisten. **Ein profitabler, großer Auftrag, dessen Stornierung den Ruin bedeutet, mag wohl jemanden willfährig machen, zumal wenn von diesem Brocken noch genug abfällt, um die Bonzen der modernen Revisionisten, aber auch des Gewerkschaftsapparates zu bestechen, ihre verräterische und heimtückische Propaganda für die Neuen Zaren im Kreml auf Hochtouren laufen zu lassen und den Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie zu verraten und zu unterdrücken.**

„Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion dienen dem Frieden und der Entspannung", das ist der Lockruf der modernen Revisionisten der D„K"P. **Das genaue Gegenteil ist der Fall, denn die verstärkten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den sowjetischen Sozialimperialisten sind ein Ausdruck der verstärkten Rivalität der beiden Supermächte, ihrem Ringen nach der Vorherrschaft in der Welt, das seinen Schwerpunkt in Europa hat, dessen Wirtschaftskraft, dessen Menschen, dessen Territorium und strategische Lage es zu einem schmackhaften Brocken für jede der zwei Supermächte machen.**

Die sowjetischen Sozialimperialisten wollen unser Land vollständig erobern. Sie haben bereits jetzt einen Teil unseres Vaterlandes, die DDR, praktisch zu ihrer Kolonie gemacht, ihn besetzt, sie unterdrücken die Werktätigen und plündern die Reichtümer. Wenn die Neuen Zaren im Kreml von „Kooperation" und „wirtschaftlicher Zusammenarbeit" reden: Hier kann jeder sehen, was das in Wirklichkeit heißt: Eroberung, Versklavung, Raub, faschistische Zwangsherrschaft.

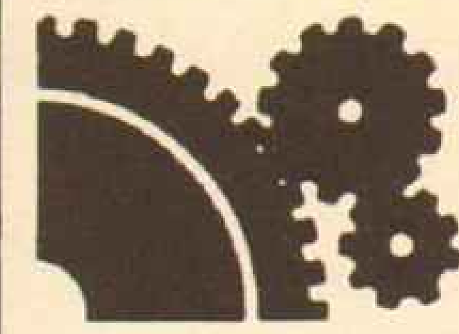
Die sowjetischen Sozialimperialisten sind der aggressivere Imperialismus. Dies beweisen nicht zuletzt die Zahlen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen, die klar zeigen, daß **sie** in der Offensive sind, daß sie ihren wirtschaftlichen Einfluß verstärken und ausbauen und dabei mit allen Mitteln versuchen, die amerikanischen Imperialisten aus Westeuropa herauszudrängen. Worum geht dieser Kampf? Er geht um die Vorherrschaft in der Welt, um ihre Neuaufteilung. Schon Lenin wies darauf hin: „Sobald sich aber die Kräfteverhältnisse geändert haben, wie können dann **unter dem Kapitalismus** die Gegensätze anders ausgetragen werden als durch **Gewalt?** " Für die beiden Supermächte wird letzten Endes nichts anderes zählen **als der Krieg um die Vorherrschaft in der Welt.** Das ist die Realität, auf die wir uns vorbereiten müssen.

Die modernen Revisionisten der D„K"P wollen unser Volk lähmen und verbreiten, daß der Frieden in Europa und der Welt, daß der Kampf gegen die Krise, gegen Arbeitslosigkeit und Lohnraub – so schrieben sie für die Arbeiter der Howaldtswerft: „Von dieser Position aus hätten wir auch eine bessere Grundlage für unseren Kampf um wirtschaftliche und soziale Verbesserungen" – untrennbar mit der Verstärkung der Verbindungen zu den sowjetischen Sozialimperialisten abhängig sei. Man darf diesen Verrätern und ihrer Sklavenphilosophie nicht trauen! Ebenso wenig, wie man den westdeutschen Imperialisten trauen darf, die bereit sind, nicht nur für Dollars, sondern auch für Rubel unsere Nation zu verkaufen.

Genosse Mao Tsetung hat gesagt: **„Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht."**

Der Sieg der Völker von Kambodscha und Vietnam im revolutionären Volkskrieg gegen den amerikanischen Imperialismus beweist, daß auch ein kleines Land, ein kleines Volk, wenn es nur mutig genug ist, zu den Waffen zu greifen, auf die eigenen Kräfte zu vertrauen und im Kampf auszuharren, in der Lage ist, die Aggression jeder Großmacht zunichte zu machen. Sollen wir den sowjetischen Sozialimperialisten oder den amerikanischen Imperialisten die Stiefel lecken und unsere Hoffnungen in sie setzen? Oder in die westdeutschen Imperialisten, die die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes eher verraten werden als sie zu verteidigen?

In seiner Kieler Rede hat Genosse Ernst Aust gesagt: „Nein, jeder Krieg zwischen den zwei Supermächten, sollte er ausbrechen und die Bundesrepublik in ihn hineingezogen werden, wäre für uns deutsche Werktätige von Anfang an ein antifaschistischer, antiimperialistischer Befreiungskampf, in dem wir uns mit jedem verbünden, der bereit ist, mit uns gemeinsam jeden Angreifer, jeden Besatzer vom Boden unserer Heimat zu verjagen, den wir führen mit dem Ziel, jeden Imperialismus, auch den westdeutschen zu zerschlagen und das Banner der sozialistischen Revolution über ganz Deutschland zu hissen."



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

ARBEITSSUCHE: „ . . . WIE AUF DEM VIEHMARKT"

Ich war längere Zeit arbeitslos. Vom Arbeitsamt bekam ich dann den Bescheid, ich solle mich bei COOP vorstellen, COOP würde Lagerarbeiter suchen. COOP ist ja bekanntlich ein Unternehmen des Gewerkschaftsapparates.

Mit mir saßen weitere drei Arbeiter vor dem Büro des Personalchefs. Ich war der jüngste, die anderen Kollegen waren so zwischen 40 und 55 Jahre alt. Wir wußten, daß nur zwei von uns genommen würden.

Es war wie beim Viehmarkt. Jeder überlegte sich: mach ja keinen kranken Eindruck. Sag bloß nichts Falsches, sonst nehmen sie dich nicht. Und als sie uns anderthalb Stunden warten ließen, brach es aus den Kollegen heraus: „Die wollen uns ihre Macht fühlen lassen. Vor zwei Jahren da sind sie vor einem fast auf die Knie gefallen, wenn man sich bewarb." **Mit diesen Worten hatte dieser Kollege sehr klar beschrieben, daß im Kapitalismus die Arbeitskraft des Arbeiters nur eine Ware ist, die mal günstiger, mal schlechter gehandelt wird je nach der Konjunkturlage.**

Und dann bekamen wir einen Zettel zum Ausfüllen. Was die Kollegen wiederum empörte, waren die Fragen im Stile eines Viehverkäufers: „Wie lange waren sie im letzten Jahr krank? Irgendwelche chronischen Leiden? Wie häufig haben sie in der letzten Zeit den Arbeitsplatz gewechselt? " usw. Und dann kam die Frage: „Sind Sie vorbestraft oder läuft gegen Sie ein Ermittlungsverfahren? " Da gegen mich ein Verfahren wegen Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 läuft, beantwortete ich die Frage mit ja. Ich dachte schon, „na ja, damit hast du keine Chance mehr." Es kam aber anders. COOP schickte zwei der älteren Kollegen weg und nahm mich und einen der drei Kollegen.

Warum nahmen sie mich? Weil sie so liberal waren? Nein, weil sie dachten, der mit seinen 25 Jahren wird am wenigsten krank, der ist im besten Alter.

Ich erhielt einen Arbeitsvertrag, der eine einzige Diskriminierung ist! Er ist befristet bis Ende Juni, bzw. bis der Prozeß (2. Instanz) kommt. **Laut diesem Arbeitsvertrag kann ich stündlich gekündigt werden! Es ist genauso wie es im Extrablatt des ROTEN MORGEN zur Arbeitslosigkeit heißt: „ . . . und es ist wie auf dem Sklavenmarkt. Hat die Ware einen kleinen Makel, dann wird sie nicht genommen, es sei denn, zu stark herabgesetzten Preisen."** Im Betrieb selbst gibt es nicht einmal eine Kantine, keinen Essenszuschuß, wie es in anderen Betrieben üblich ist. Lediglich im Ladengeschäft gibt es eine Imbissecke. Wenn man das 13. Monatsgehalt bekommen will, muß man sich diese „sozialen Leistungen" buchstäblich mit dem Gewerkschaftsbeitrag kaufen, denn man muß der Gewerkschaft beitreten. Hieran sieht man wieder, daß die Gewerkschaftsführer selbst Kapitalisten sind und die Arbeiter ausbeuten.

Rot Front! KLAUS KERCHER

Ein Genosse aus Reutlingen

KLÖCKNER: AUSBILDUNGSKOSTEN GESPART

Im Mai wurden auf der Klöckner Hütte in Bremen 25 Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren zum Anlernen für Schlosser- und Schweißerarbeiten eingestellt. Sie stellten einen verschwindend kleinen Teil der arbeitslosen Jugendlichen in Bremen dar. Zeigt sich hier der Kapitalismus als human? Geht Klöckner daran, das Elend der arbeitslosen Jugend zu beseitigen? Nein!

Wie mir ein Schweißerkollege berichtete, ist niemand dafür verantwortlich, die Jugendlichen anzulernen. Die Schweißer arbeiten alle Schichten durch, die Jugendlichen arbeiten in der Frühschicht. Außerdem ist der Arbeitsanfall in der Schweißerei sehr groß, so daß die Jugendlichen ohne Anleitung selbst brennen und schweißen, was nicht ungefährlich ist, weil die Schweißer selbst kaum Zeit haben. So sind die Jugendlichen darauf angewiesen, sich selbst in die Arbeit einzufuchsen, was aber nur einigen gelingen wird. Den Rest wird man, wie der Vorarbeiter schon angekündigt hat, rausschmeißen.

Das Ergebnis wird sein, daß Klöckner sich einige für den Betrieb notwendige Arbeiter als spezielle Arbeiter heranziehen wird, ohne Ausbildungskosten tragen zu müssen.

ZUSAMMENSPIEL VON ARBEITSRICHTER UND KAPITAL

Hiermit sende ich Ihnen eine kurze Notiz.

Bei einem Prozeß im Arbeitsgericht Herne konnte man das perfekte Zusammenspiel zwischen Richter und Kapital beobachten. Ein junger Arbeiter einer Werkzeugfirma, die Hochbaufirmen beliefert, hatte seine Firma verklagt, weil er aus Rationalisierungsgründen gekündigt wurde. Als Zeuge wurde der technische Direktor der Firma gehört, der die Kündigung natürlich rechtfertigte, weil der Jahresumsatz der Firma von 19 auf 17 Millionen zurückgegangen sei. Wegen der Baukrise sei der Arbeitsplatz überflüssig geworden, behauptete er.

Der Arbeiter war mit 6 Kollegen in der Schleiferei tätig gewesen. Daß man ihn entlassen hatte, begründete der technische Direktor damit, daß der Arbeiter nicht an allen Maschinen selbständig arbeiten konnte. Früher war der Firma das vollkommen egal, aber heute wird es den Arbeitern zum Vorwurf gemacht.

Die Ausführungen des technischen Direktors fanden alle die Zustimmung des Richters, der die ganze Zeit über versuchte, dem „Kläger" auf die väterliche Tour zu verstehen zu geben, daß auch er Verständnis für die „schreckliche Lage" der Firma haben müsse.

Das ganze gipfelte in der Frage des Richters an den Arbeiter, ob man denn an seiner Stelle den Kollegen mit 3 Kindern hätte entlassen sollen. (Der entlassene Kollege hat selbst 2 Kinder).

Revisionistisches

DDR-KULTUR: IMMER TIEFER IN DEN SUMPF

Die neue Bourgeoisie in der DDR scheut nicht die Übernahme selbst der dekadentesten, schmutzigsten, entwürdigendsten Mode-Erscheinungen der imperialistischen „Kultur", um ihre revisionistische Ausbeuterherrschaft auf ideologischem Gebiet zu festigen.

So erscheint nach einem Bericht der Hamburger Zeitschrift „STERN" in Ost-Berlin ein Unterhaltungsmagazin, das offenbar hauptsächlich an die Jugend und die Frauen gerichtet ist und dessen Inhalt so beschrieben wird: „**Jenseits von Politik . . . ein buntes Gärtchen mit Kunst, Theater, Film, Schallplatten, Büchern, Populärwissenschaft, Sport, Mode – und Sex.**" Ein besonderer Knüller sind „**Krimis und Kurzgeschichten aus dem . . . Westen**".

Anlaß für die begeisterte Besprechung dieses Blattes im „STERN" ist die Tatsache, das darin zum ersten Mal nicht nur pornographische Photos von Mädchen und Frauen – wie bisher – veröffentlicht werden, sondern „auf dringenden Wunsch der Leserinnen" ein Nacktfoto eines jungen Mannes, der noch dazu „dem englischen Krimihelden Jason King ähnlich sieht."!

Die besagte Ost-Berliner Zeitschrift erscheint in einer Auflage von 520 000, laut Verlagsinformation könnte es aber über eine Million sein, wenn nicht in der DDR das Papier staatlich rationiert würde. Die Chefredakteurin des Ost-Berliner Porno-Blattes („Wir haben uns gesagt, Gott, warum nicht?") reist laut „STERN" nach New York und London ebenso wie nach Moskau und Warschau, um stets den letzten Schrei imperialistisch-dekadenter Verkommenheit für ihr Blatt einzukaufen. Und diese journalistische Bordell-Mutter, die für den „STERN" vor einem Tisch mit Porno-Fotos posiert, brüstet sich noch damit, Schwägerin des Komponisten Hanns Eisler und Freundin Bert Brechts zu sein! Diese beiden proletarisch-revolutionären Vorkämpfer unserer Nationalkultur würden sich noch im Grabe umdrehen, wenn sie das heutige „Kultur"-Leben der DDR sehen könnten.

Genosse Enver Hoxha sagte auf dem 6. Parteitag der PAA: „**Die bürgerlichen und revisionistischen Ideologen bemühen sich, die Jugend und die Massen davon zu überzeugen, daß es keinen Sinn habe, dafür zu kämpfen, einen Ausweg aus den tiefen Widersprüchen zu finden, die ihre Gesellschaftsordnung im inneren zerfressen. Die einzige Alternative die sie vorschlagen, ist das Versinken in Pessimismus und Korruption. Hier liegt die Quelle des skrupellosen Antreibens zum Alkoholismus, Narkotismus, Sexualismus und vielen niedrigen und tierischen Instinkten, mit katastrophalen gesellschaftlichen Folgen, die in der kapitalistischen und revisionistischen Welt Mode geworden sind.**"

Mögen die revisionistischen Herren in Ost-Berlin ihr Gift kübelweise versprühen und versuchen, insbesondere der Jugend und der Arbeiterklasse ihre großen revolutionären Ideale zu rauben und sie mit imperialistischer Pop und Pornokultur zu betäuben – sie können doch die grundlegenden Widersprüche, die die revisionistische Gesellschaft zerreißen, die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die bittere Wirklichkeit der schamlosen Ausplünderung und Unterdrückung des ganzen Volkes durch die sowjetischen Sozialimperialisten nicht aus der Welt schaffen! Deshalb ist der revolutionäre Sturz der Ost-Berliner Revisionistenclique, die Vertreibung der sowjetischen Besatzer und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR unvermeidlich. Der „STERN" kommentierte die neuesten „Blüten" der Ost-Berliner Schund-Illustrierten zynisch: „Ein Schrei nach Gleichberechtigung wurde endlich erhört." Eines Tages wird der neuen revisionistischen Bourgeoisie und ihren russischen Oberherren etwas ganz anderes in den Ohren dröhnen: der Schrei unserer ostdeutschen Klassenbrüder nach Revolution, der diese Clique wegfegen wird!

OHNE KOMMENTAR

Bürgerschaftskandidat des „K"BW in Bremen, Claus von Eitzen, stellt sich in der Ortsbeilage der Zeitung des „K"BW für Bremen mit einem Artikel gegen sein Berufsverbot als Lehrer vor. In dem Artikel beschwert sich von Eitzen, daß den Beamten „jetzt schon" verboten wird, „das Recht auf Revolution gegenüber der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat geltend zu machen".

Erfahrung eines Jugendlichen bei der Arbeitssuche

"Freie Berufswahl" ist nichts als Betrug!

Schon während der Schulzeit haben sich die meisten Jugendlichen überlegt, welchen Beruf sie später gern einmal ergreifen würden. Doch je näher das Ende der Schulzeit heranrückt, desto deutlicher bekommen sie zu spüren, was der Kapitalismus – entgegen den Schulbüchern, die die „freie Wahl des Berufes" im Kapitalismus preisen, ihnen wirklich zu bieten hat. Nicht nur, daß sie ihren Beruf, den sie gern ergriffen hätten, nicht bekommen, vielmehr steht für sie die Frage, ob sie überhaupt irgendeine Ausbildungsstelle kriegen können. 350 000 Jugendliche sind bereits arbeitslos und ihre Zahl wird weiter anwachsen. So gibt es in diesem Jahr 900 000 Schulabgänger, jedoch nur 340 000 Lehrstellen.

Mit allen möglichen Versprechungen und Reformankündigungen versucht die Bourgeoisie Illusionen unter den Jugendlichen zu schüren, daß das alles grundlegend anders werden könne, daß es für die Jugendlichen tausenderlei Auswege gäbe. Der folgende Bericht eines Jugendlichen, der nach Westberlin ging, um dort Arbeit zu suchen, in der Hoffnung, damit einen Ausweg gefunden zu haben, zeigt, daß die Versprechungen der Bourgeoisie lediglich leere Worte sind, die nur den einen Zweck verfolgen: zu verhindern, daß die Jugend erkennt, daß es im Kapitalismus keinen Ausweg aus ihrer Lage gibt.

Ich war in Westdeutschland auf dem Gymnasium, das ich vor dem Abitur verlassen hatte, weil ich eine Lehre anfangen wollte. Sofort nach meinem Abgang bekam ich den Einberufungsbescheid und ging für 15 Monate zur Bundeswehr.

Während der letzten Monate vor Ende meiner Dienstzeit bemühte ich mich mehrmals um einen Termin zur Berufsberatung, den ich aber erst kurz vor meiner Entlassung Ende 74 bekam. Ich wählte den Beruf des Tontechnikers, bei dem die Voraussetzungen das Abitur oder eine Lehre im elektronischen Bereich sind.

Bei diesem Gespräch hat mir der Berufsberater geraten, nach Berlin zu gehen, da ich dort ideale Bedingungen für diesen Berufszweig vorfände. Er malte mir das Bild einer kultivierten, jungen, aufstrebenden Weltstadt, in der es sich im Stil von „Berlin ist eine Reise wert" leben läßt, und die vor allen Dingen laufend junge Arbeitskräfte sucht, und zwar in rauhen Mengen Weiter beschrieb er die Vergünstigungen, die einem Arbeiter in Berlin winken würden, wie z. B. kostenlose Anreise, Lohnsteuervergünstigung und Berlin-Zulage. Ich beschloß also, nach Westberlin zu ziehen.

Mit diesen schönen Worten im Ohr und voller Hoffnung bin ich hier angekommen, auch mit dem Gedanken, der wirtschaftlichen Misere in Westdeutschland glücklich entronnen zu sein. Zwei Monate lang habe ich dann unzählige Adressen abgeklappert, um eine Wohnung zu finden. Immer und ohne Ausnahme war die erste Frage des Vermieters, ob ich denn überhaupt Arbeit hätte. Natürlich hatte ich noch keine, und überall spürte ich das Mißtrauen der wirtschaftlichen Lage gegenüber, wenn ich, wie ich glaubte, von einer sicheren Lehrstelle sprach.

Diese Lehrstelle begann ich auch sofort nach Eintreffen zu suchen. Wie mir das westdeutsche Arbeitsamt geraten hatte, rief ich also voller Elan beim nächstliegenden Arbeitsamt an, war dort falsch und wurde immer weiter gereicht, bis ich an die richtige Sachbearbeiterin kam.

Unverschämt und ruppig wurde ich gefragt, wie ich mir das denn vorstelle, so kurzfristig eine Lehre anfangen zu wollen. Ich hatte keine Ahnung, und mein Heimatarbeitsamt offensichtlich auch nicht, daß in Westberlin die Lehren am 1. April anfangen und nicht wie in Baden-Württemberg im Herbst. Weiter versuchte mich die Frau abzuwimmeln, indem sie fast schrie, daß es im elektrotechnischen Bereich keine Lehrstellen mehr gibt, absolut und unwiderruflich keine Lehrstellen. Trotzdem bestand ich auf einem Termin, auf den ich dann einen Monat warten sollte.

Da der 1. April immer näher rückte, schrieb ich voller Verzweiflung und Wut an das Arbeitsamt und fragte, warum in Westdeutschland ein solcher Werberummel für Westberlin gemacht wird, wenn dann doch keine Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind. Und tatsächlich wurde mir dann doch plötzlich ein Betrieb genannt, der mich auch in ein Lehrverhältnis nehmen wollte. Ich mußte eine Eignungsprüfung ablegen, bei der ich mit 7 weiteren Jugendlichen um diese eine Stelle konkurrieren mußte. Diese sogenannte Eignungsprüfung stellte sich als Ausleseverfahren heraus, bei dem sich von über 40 Fragen nur etwa 6 direkt auf den Beruf bezogen. Bei diesem Verfahren hätten wir ebensogut losen können, und ich zog dabei eine Niete.

Inzwischen wußte ich, daß hier in Westberlin über 6 000 Jugendliche arbeitslos sind und setzte daher alle Hoffnung auf das Gespräch mit dem Berufsberater. Und noch immer hatte ich die Hoffnung auf eine Lehrstelle nicht aufgegeben.

Herausgekommen ist dabei nur eine einzige lumpige Stelle, die nicht einmal meinen Wünschen entsprach, und der Rat, ich solle mich frei, also ohne Arbeitsamt, um eine Stelle bemühen. Langsam dämmerte mir, daß das Arbeitsamt zwar viele Sprüche klopft und von fast unbegrenzten Berufsmöglichkeiten schwafelt, um zu beweisen, wie frei doch die Wahl des Berufes in unserem Lande sei, daß dieses Geschwafel aber nur von der wahren Wirtschafts- und Ausbildungslage ablenken will.

Mit der Empfehlung des Arbeitsamtes ging ich dann zu DeTeWe, wo mir gesagt wurde, daß alle Lehrstellen schon längst vergeben sind und ich im nächsten Jahr wiederkommen soll.

Schon völlig klar, daß ich von den Arbeitsämtern bewußt beschwichtigt und angelogen wurde, rief ich bei AEG und Siemens an. Beide waren natürlich voll belegt, und der Meister bei Siemens stellte die Arbeitslage so vollkommen deutlich dar, daß ich zitiere: „Bei uns brauchen Sie überhaupt nicht auf einen Platz zu hoffen, denn hinter jedem eingestellten Lehrling in unserer Werkstatt steht ein anderer in der Produktion, der nur darauf wartet, den Platz einzunehmen, wenn der Lehrling aufgibt oder entlassen wird!" Hinzufügen muß man, daß dieser Druck auf die Lehrlinge, abgesehen von der Ausbeuterei, noch einen anderen Zweck erfüllen soll: nämlich all diejenigen, die der Arbeitshetze nicht gewachsen sind, und vor allem all die, die sich dagegen auflehnen, gleich auszusortieren, damit sie gar nicht erst Facharbeiter werden können. So erfuhr ich durch Zufall vom Berufsberater, daß in den letzten Jahren 10% der Teilnehmer bei den Siemenslehrgängen aus politischen Gründen entlassen wurden.

Jetzt an diesem Punkt, wo ich durch Erfahrungen und Enttäuschungen gelernt hatte, wie dieses System Arbeitslose herstellt, schlug mir ein Genosse vor, meine Erlebnisse zu berichten, was ich aus Unsicherheit aber zuerst noch ablehnte. Am Nachmittag dieses Tages jedoch hatte ich dann noch ein Gespräch mit dem Berufsberater, wo dieser selbst die Maske des Arbeitsamtes herunterriß, indem er zugab, schon von Anfang an keine Möglichkeit für mich gesehen zu haben. Ich sagte ihm ins Gesicht, daß ich nur solange hingehalten worden sei, damit ich völlig mutlos werde und mich als billige Hilfskraft verkaufen muß. Als ich ihn noch frage, wie ich denn von meinen 41,40 DM Arbeitslosenhilfe pro Woche leben soll, setzte er allem die Krone auf, indem er mir zynisch empfahl: „Spielen Sie doch mal im Lotto!"

Nach diesen Worten war ich allerdings sofort bereit, meine Erlebnisse zu berichten, damit die vielen Jugendlichen, die sich wie ich Illusionen gemacht haben, daraus lernen können.



Arbeitslose Jugendliche beim Arbeitsamt in Gelsenkirchen

Vom Aufbau des Sozialismus

1843 NEUE FACHKRÄFTE VON DEN HOCHSCHULEN TIRANAS

An den Hochschulen Tiranas schlossen jetzt 1843 Studenten ihr Studium mit einem Examen ab. Auch in den Examensarbeiten der Studenten drückt sich aus, daß in der Volksrepublik Albanien nicht wie bei uns in erster Linie für Zensuren gelernt wird, sondern für das Leben, für die erfolgreiche Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus. So behandelten 47% der Studenten in ihren Examensarbeiten Themen und Probleme aus den Bereichen aus Landwirtschaft und Industrie, in denen sie während ihres Produktionsjahres gearbeitet hatten. Viele von diesen Arbeiten waren auch mit Arbeitern dieser Bereiche besprochen worden.

Mit welchem Ziel vor Augen die Jugendlichen in Tirana lernen, zeigt das Gespräch eines Korrespondenten von Radio Tirana mit einer Schülerin der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Tirana, die gerade ein Zwischenexamen abgelegt hatte. Sie sagte: „Wie die gesamten werktätigen Massen in unserem Land haben auch wir Studenten alle Kräfte eingesetzt, um bei den Jahresprüfungen die besten Ergebnisse zu erzielen. Ich habe gerade die Prüfung im Fach ‚Grundlagen der sozialistischen Arbeitsorganisation und -leitung' abgelegt. Für uns angehende Ökonomen handelt es sich um ein wichtiges Gebiet. Das System der sozialistischen Wirtschaftsleitung in unserem Land verlangt von uns, daß wir die Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsleitung genau kennen und sie uns gut aneignen, damit wir sie morgen in der praktischen Arbeit genau anwenden können. Denn die konsequente Anwendung dieser Prinzipien macht es möglich, daß die Wirtschaft Albaniens sich ständig weiterentwickelt, ohne Krisen, Arbeitslosigkeit und Inflation. Das sind Phänomene, die für die kapitalistische und revisionistische Wirtschaft kennzeichnend sind. Nach Abschluß der Prüfung werden wir die militärischen Übungen ableisten. Das ist eine der drei Komponenten unserer Schule, und sie dient unserer Ausbildung, um fähig zu sein, die Errungenschaften des Sozialismus notfalls auch mit der Waffe zu verteidigen."

ALBANIENS SCHÜLER MELDEN SICH ZU TAUSENDEN FÜR DIE MASSENAKTIONEN

Jetzt, nach Beendigung des Schuljahres, gehen Albaniens Schüler zu Tausenden ins Land, zu den Eisenbahnlinien, in die Fabriken und in die entlegenen Bergdörfer, um in freiwilliger Arbeit den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben. Das Zentralkomitee des Verbandes der Jugend Albaniens gab bekannt, daß in diesem Jahr 3 000 Jugendliche mehr als bisher an diesen Massenaktionen teilnehmen. So fuhren 1 130 junge Freiwillige zum Bau der Eisenbahnlinie Prrenjas-Guri i Kuq. Weitere Hunderte begannen die Arbeit am Eisenbahnnetz innerhalb des Eisenhüttenkombinats in Elbasan. 115 Abiturienten der höheren Kunstschule in Tirana beschlossen auf einer Versammlung der Jugendorganisation einmütig, dort zu arbeiten, wo das Vaterland sie braucht. Sie verpflichteten sich, im Aktionsmonat am Eisenbahnbau teilzunehmen und während des Produktionsjahres Ausstellungen der Bildenden Künste mit Themen des sozialistischen Aufbaus zu organisieren und so zur weiteren Belebung des künstlerischen Lebens auf den Baustellen und in den Dörfern beizutragen. Insgesamt haben sich 15 000 Jugendliche, Schüler der höheren Schulen, bereit erklärt, in den Sommerferien an den nationalen und lokalen Aktionen teilzunehmen.

Überwältigendes Interesse für die VR China

Auf den Plätzen Kölns weht die rote Fahne mit den 5 Sternen, die Fahne der Volksrepublik China. Ein Gruß des chinesischen Volkes an das deutsche Volk. Und Tag für Tag besuchen Tausende deutscher Besucher aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus Westberlin die erste Nationalausstellung der Volksrepublik China in der Bundesrepublik. Vor Beginn der Ausstellung hatte die deutsche Messeleitung eine Gesamtbesucherzahl von 80 000 geschätzt. Aber nach der Hälfte der Ausstellungsdauer haben bereits über 90 000 Menschen die Ausstellung besichtigt.

Unter ihnen sind alle Altersgruppen vertreten, viele junge Leute natürlich, häufig Schulklassen, aber auch ältere Menschen. Ebenso sind alle Bevölkerungsschichten vertreten, wobei vor allem der hohe Anteil von Werktätigen auffällt. Und unter diesen Besuchern gibt es kaum einen, der unabhängig von seinen sonstigen politischen Auffassungen von den großen Erfolgen des neuen China in den letzten 25 Jahren nicht beeindruckt ist.

So wird in der ersten Halle, in der die große Palette landwirtschaftlicher Produkte aus der VR China ausgestellt ist, in den Gesprächen immer wieder hervorgehoben, daß China, das bevölkerungsreichste Land der Erde, nach der Befreiung das Ernährungsproblem lösen konnte. Der Vergleich mit Indien drängt sich auf: Berge von Hungerleichen, bis auf die Knochen abgemagerte Kinder . . . Schreckliche Bilder, wie wir sie aus der Zeitung kennen. Vor der Befreiung aber war die Situation in China nicht wesentlich anders. Heute dagegen zeigt auch diese Ausstellung, daß in der VR China nicht nur der unmittelbare Hunger gebannt ist, sondern daß die Menschen Chinas ausgezeichnet mit Lebensmitteln versorgt werden. Und die Ausstellung macht auch deutlich, wie dieser grundlegende Wandel in China erreicht werden konnte: ***„Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen.“*** Diese und andere Weisungen des Vorsitzenden Mao sind auf den aufgestellten Schrifttafeln zu lesen. So auch die Weisung: ***„Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai!“*** Die Volkskommune Dadschai ist das Vorbild für die Landwirtschaft in China. Im größten Teil Chinas sind die natürlichen Bedingungen für die Landwirtschaft sehr ungünstig. So auch in Dadschai. Die Bauern von Dadschai haben unter der Führung ihres Parteikomitees aus einer unfruchtbaren gebirgigen Einöde fruchtbares Ackerland gemacht. Sie haben das geschafft, indem sie auf ihre eigene Kraft vertrauten und einen jahrelangen harten Kampf führten, in dessen Verlauf sie die unwirtliche Natur ihrer Heimat völlig umgestalteten. An den Berghängen, auf denen es einst nichts als Steine gab, haben sie Terrassenfelder angelegt,und heute wächst dort Obst und Getreide. Diese Umgestaltung Dadschais wird in einem anschaulichen Modell gezeigt. Über diese großen Erfolge der chinesischen Bauern ist eine Bäuerin so begeistert, daß sie nach ihrem Ausstellungsbesuch am Literaturstand der Partei vor den Messehallen alle Bücher kauft, die mit der Landwirtschaft Chinas zu tun haben.

„Die Landwirtschaft als Grundlage, die Industrie als führender Faktor“ steht auf einem großen Transparent über der zweiten Ausstellungshalle. Viele Besucher kommentieren das mit Sätzen wie: *„Da wird von den Bedürfnissen der Menschen ausgegangen“*, oder: *„Die bauen planvoll auf.“* In dieser Halle sind hauptsächlich Maschinen und andere Erzeugnisse der Schwerindustrie ausgestellt. Es fallen viele anerkennende Worte über das hohe technische Niveau der Maschinen. Ein Kollege, von Beruf Schlosser, stellt fest, wie sorgfältig diese Maschinen unter dem Gesichtspunkt der Unfallverhütung konstruiert sind. Zu diesem Ergebnis kommt auch ein LKW-Fahrer, der einen ausgestellten LKW untersucht. Er lobt, daß dieser LKW nicht wie Fabrikate bei uns auf schnellen Verschleiß hin gebaut worden sind, stellt fest, daß hier viel stärkeres Stahlblech verwendet wurde und hebt vor allem hervor, daß Material und Verlegung der Bremsleitungen erkennen lassen, daß hier besonders viel Wert auf die Sicherheit gelegt wird. Überhaupt ist es so, daß viele Menschen zunächst noch skeptisch sind, erst durch den Verlauf der Ausstellung überzeugt werden, daß ihnen hier nicht nur die Schokoladenseite Chinas vorgeführt wird, sondern ein objektives und zugleich begeisterndes Bild des vorwärtsstürmenden sozialistischen Chinas.

In der Halle für die Schwerindustrie betrachtet ein Kollege ein ausgestelltes Teilstück einer Transferstraße. Der Kollege arbeitet bei Ford und er erzählt, daß bei Ford so eine Transferstraße (hydraulisch einspannen und weitertransportieren, elektronische Steuerung) vor rund 1 1/2 Jahren in Betrieb genommen worden sei. Damals habe es geheißen, das sei das „Modernste vom Modernen“. Aber jetzt stünde diese teure Anlage schon seit Monaten still. **Hier zeigt sich, daß die Maschinen wichtig, aber letztlich nicht das Entscheidende sind.** Was nützt den Werktätigen die technisch ausgefeilteste Maschine, mit deren Hilfe alle Produktionsrekorde gebrochen werden können, wenn die produzierten Waren dann auf Halden verrotten, die Maschinen stillgelegt werden und die Arbeiter auf die Straße fliegen?



Mao Tsetung hat darum gesagt: ***„Revolution plus Produktion können die Ernährungsprobleme lösen.“*** Hätten die chinesischen Arbeiter und Bauern unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas nicht zu den Waffen gegriffen und in der gewaltsamen Revolution die politische Macht erobert und die Diktatur des Proletariats errichtet, wären die wirtschaftlichen Erfolge Chinas nicht möglich. Im sozialistischen China gibt es keine Krisen, keine Arbeitslosigkeit und Inflation, weil hier die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft worden ist. Hier bestimmen nicht die Profitinteressen einer Handvoll Ausbeuter, hier wird entsprechend den Bedürfnissen des Volkes die Produktion entwickelt und geführt. Dabei zählen nicht die Kommandos irgendwelcher Manager wie bei uns, sondern die Initiative und der revolutionäre Elan der werktätigen Massen, an deren Spitze die kommunistische Partei marschiert. Das wird besonders bei der Darstellung der Erfolge der Arbeiter des Erdölfeldes Datjing deutlich, dem Vorbild für die chinesische Industrie.

Auf besonderes Interesse stoßen natürlich die Kunst- und Kulturgegenstände. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Menschen sind sicherlich aus Liebe zur großen Kultur Chinas auf diese Ausstellung gegangen. Sie können sich davon überzeugen, wie heute in China das kulturelle Erbe gepflegt wird. Insofern straft diese Ausstellung auch die imperialistischen Greuelmärchen Lügen, nach denen angeblich während der Kulturrevolution die Kulturschätze Chinas zerstört worden sein sollen. Mit diesen Lügen verhält



An allen Tagen herrschte großer Andrang an den Eingängen.

es sich genau so wie mit den Behauptungen der Imperialisten, die Kulturrevolution habe die Wirtschaft Chinas ruiniert. Sie sind durch die Wirklichkeit schlagend widerlegt. Tatsache ist, daß diese Ausstellung beweist, daß gerade seit der Entlarvung des Verräters Liu Schao-tschi, der in China den Kapitalismus wieder einführen wollte, daß gerade seit Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution der sozialistische Aufbau in China an allen Fronten einen ungeheuren Aufschwung genommen hat. Das spiegeln auch die ausgestellten zeitgenössischen Bilder wider. Auf ihnen stellen Arbeiter und Bauern das neue China dar. Mit der modernen Kunst Chinas kann man im Gegensatz zur sogenannten modernen Kunst bei uns etwas anfangen. Sie spiegelt das Leben, die Ideen und Gefühle des Volkes wider und ist für das Volk gemacht.

Viele Menschen ziehen von sich aus Vergleiche zu den revisionistischen Ländern. Tenor dieser Diskussionen: *„Zwischen China und der Sowjetunion gibt es nichts Gemeinsames mehr.“* Viele Besucher haben erkannt, daß ein scharfer Trennungsstrich zwischen China und den sozialfaschistischen Regimes unter der Fuchtel der Neuen Zaren im Kreml gezogen werden muß.

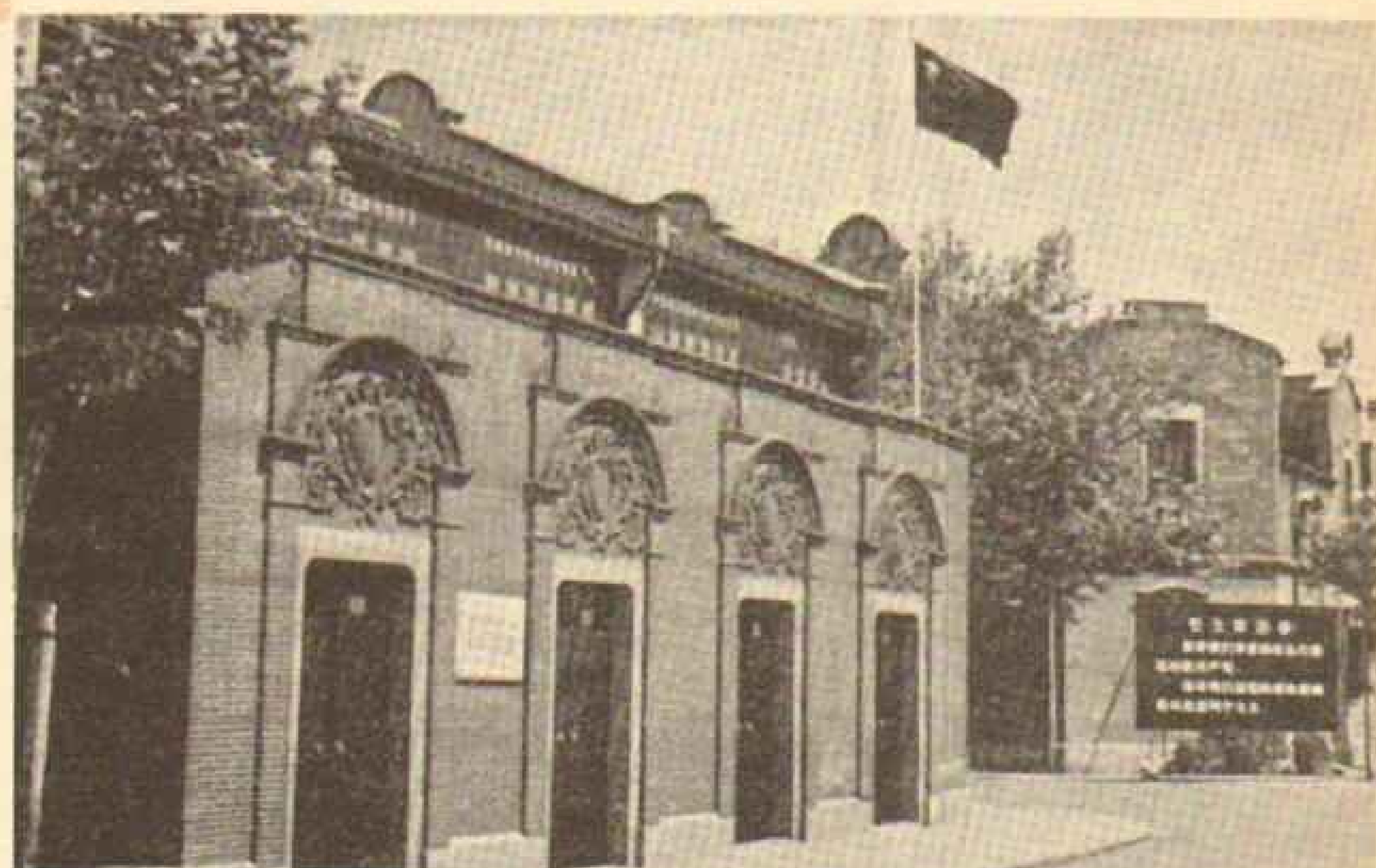
Das wird an zwei Punkten klar: Einmal vermittelt die ganze Ausstellung den Besuchern den Eindruck, daß in China die Arbeiter und Bauern an der Macht sind, daß es dort nicht wie in der Sowjetunion oder in der DDR eine neue Bourgeoisie gibt, die das Volk erneut ausbeutet und unterdrückt. Eine Besucherin versucht das so auszudrücken: *„In China wird das so gemacht, wie Marx sich das vorgestellt hat.“* Der andere Punkt ist der, daß die Menschen spüren, daß China nicht wie die Sowjetunion eine Supermacht ist, die in der ganzen Welt arrogant und herrisch auftritt. China tritt den Völkern der Welt als Freund entgegen. Ein Land, dessen Menschen jahrzehntelang mit der Waffe in der Hand gegen die Unterdrückung durch ausländische imperialistische Mächte gekämpft haben. Heute steht China unerschütterlich auf der Seite der um Freiheit und Unabhängigkeit, gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte kämpfenden Völker. ***„Wir möchten auch vom deutschen Volk lernen“***, erklärten die chinesischen Genossen zu Beginn der Ausstellung. Das ist nicht das Auftreten einer Supermacht, das ist das ehrliche Bemühen um aufrichtige Freundschaft zum beiderseitigen Vorteil. **Die über alle Erwartungen hohe Zahl der Besucher der Kölner Ausstellung zeigt, daß es der eindeutige Wunsch unseres Volkes ist, die Freundschaft mit China zu festigen und weiterzuentwickeln.** In Widerspruch dazu hält es der Bundeskanzler offensichtlich nicht für nötig, der Ausstellung der Volksrepublik China einen Besuch abzustatten.

Die Kölner Ausstellung ist ein großer Ausdruck der wachsenden Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem deutschen Volk. Bei vielen Besuchern aber hat sie auch das Interesse am wissenschaftlichen Sozialismus geweckt oder gestärkt. Man fragt sich natürlich, auf welcher Grundlage diese großartigen Erfolge des chinesischen Volkes möglich waren. So gingen am Literaturstand der Partei und der „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus“ vor den Ausstellungshallen nicht nur informative Bücher über die VR China reißend weg, auch Bücher der Klassiker des Marxismus-Leninismus, Schriften der Partei und der ROTE MORGEN wurden viel gekauft. **Das glänzende Beispiel der Volksrepublik China führte auch eine Reihe von Menschen näher an die KPD/ML heran. Denn unsere Partei wendet die Lehren der chinesischen Revolution auf die Bedingungen unseres Landes an, sie weist unserem Volk den Weg der Arbeiter und Bauern Chinas, den Weg der sozialistischen Revolution, der Errichtung der Diktatur des Proletariats.**



Ständig dicht umlagert waren die Literaturstände der Partei und der Gewiso

1. Juli
54. Gründungstag der KP Chinas



In diesem Haus in Schanghai wurde am 1. Juli 1921 die Kommunistische Partei Chinas gegründet. Die 12 Delegierten des Gründungskongresses, Vorsitzender Mao war damals Delegierter der Provinz Hunan, vertraten 70 Mitglieder. Heute hat die Kommunistische Partei Chinas 28 Millionen Mitglieder. In den 54 Jahren seit ihrer Gründung hat die KP Chinas mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze die chinesischen Volksmassen im Kampf gegen die japanische Aggression und für die völlige Befreiung Chinas vom Imperialismus zum Sieg geführt. Unter ihrer Führung haben die Arbeiter und Bauern Chinas glänzende Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, bei der Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats errungen. Von der internationalen Arbeiterklasse und der kommunistischen Weltbewegung wird die KP Chinas mit ihrem Vorsitzenden Mao Tsetung vor allem auch deshalb besonders geliebt, weil sie an vorderster Front im Kampf gegen den Verrat des modernen Revisionismus, für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus steht.

Gespräch mit einem polnischen Arbeiter

Es sind nun schon mehr als vier Jahre vergangen, daß die polnische Arbeiterklasse sich gegen das sozialfaschistische Regime erhob und mit der Internationale auf den Lippen für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats kämpfte. Die polnischen Arbeiter haben diese Kämpfe und den faschistischen Terror, mit dem sie unterdrückt wurden, nicht vergessen. Das zeigt sich auch in Gesprächen, die man mit Werktätigen aus Polen, die in der Bundesrepublik leben, führen kann. Ein Genosse berichtet uns:

„In Eurer Zeitung hattet Ihr ja schon öfter etwas über Polen und die Arbeiteraufstände von 1970 geschrieben. Ich hatte nun in der letzten Woche mit einem jungen Kollegen gesprochen, der erst vor einigen Jahren von dort nach Westdeutschland übersiedelte und bei den Aufständen noch in Polen war.

Hier nun einige Fakten, die er mir berichtete: Sowjetische Soldaten wurden in polnischen Uniformen und polnischen Panzern gegen die Werktätigen eingesetzt. (Offensichtlich hatte man Angst, die polnischen Soldaten würden meutern oder die Gewehre umdrehen). Das gleiche wurde mir schon vor einem halben Jahr von einem anderen Kollegen berichtet. Die sowjetischen Soldaten fuhren rücksichtslos mit Panzern durch die Stadt und verletzten zahlreiche Menschen – viele Polizisten wurden von der Bevölkerung hingerichtet, z. B. erhängt. Überall im Lande brannten die Parteihäuser. Er selbst wurde verhaftet und dabei geschlagen. Er wurde 48 Stunden festgehalten, bekam nur Wasser und Brot und mehrmals täglich Prügel. Viele der Verhafteten sind heute noch nicht zurück. Wenn man das System oder die Führung in Polen kritisiert oder angreift (z. B. sagt: „Gierek ist ein Ochse") ist man sehr schnell im Knast.

Ich sagte ihm dann, die D,K'P behaupte, einige Agenten hätten die Bevölkerung aufgehetzt. Seine Antwort: Das ist Unsinn. Die Preissteigerungen von 100% und auch die starke Abhängigkeit von Moskau waren die Ursachen."

Besucher aus der DDR

Hass auf Moskau – Bewunderung für China

Es kommt häufiger vor, daß man auf Bahnreisen mit älteren Menschen aus der DDR zusammentrifft. Ein Sympathisant aus Hamburg berichtet uns: „Neulich saß ich mit fünf Männern und Frauen (alle aus der DDR) in einem Abteil zusammen. Dabei kam es zu einem Gespräch, das ich so schnell nicht vergessen werde.

Ich zog den neuen ROTEN MORGEN aus der Tasche und wollte ihn lesen. Da sah ich, wie die Frau gegenüber ihren Mann anstieß, „Glückliche Kinder erst im Sozialismus", las er mit einer halb erstaunten, halb fragenden Miene.

„Hier sind die Kinder wirklich nicht glücklich", begann ich das Gespräch. „Aber bei uns auch nicht. Die Kinder wollen nachmittags raus aus dem Hort und zu ihren Müttern, aber die müssen den ganzen Tag schuften. Und die Horte sind ja auch nichts besseres als schlechte Aufbewahrungsstätten", erwiderte eine der Frauen.

„Da kann man eben nicht mehr von Sozialismus reden in der DDR. Schauen Sie sich China dagegen an", und ich erzählte von Lichtbildern aus Kindertagesstätten in China, die ich kürzlich gesehen hatte. Sie zeigten z. B. Kinder, die ein Modell einner elektrischen Verkehrsanlage bauten, wobei sie Ampeln, Signale usw. aus kleinsten Teilen selbst herstellen lernten.

Überraschend stimmte man mir zu: „Ja, China, die haben wirklich etwas geleistet. Und die Menschen sind wirklich überzeugt dabei." Und: „Wenn man sich die Sowjetunion dagegen ansieht, das ist doch schon wieder wie im Kapitalismus." Und: „Wir müssen uns abrackern, Schlange stehen sogar nach Grundnahrungsmitteln. Ein Auto kann man sich nur leisten, wenn beide arbeiten, zehn Jahre muß man darauf warten."

Als ich erwähnte, daß Breschnew in Bonn einen Mercedes geschenkt bekommen hat, war eine Frau ganz erstaunt. „Was? Das ist doch nicht wahr, davon habe ich nie was gehört." Aber die andere Frau widersprach ihr: „Doch, doch, klar, das ist schon so." Und zu mir:



Den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland hat die KPD/ML auf ihre Fahnen geschrieben.

„Sie müssen mal sehen, wie sich bei uns die Geldgier, Neid und Ungunst verbreiten, das ist fürchterlich.'

„Und wenn man sich mal das Militär ansieht. Der einfache Soldat verdient nix, aber die höheren Offiziere tragen die dicken Brieftaschen herum, und wie da gekatzbuckelt wird, um solche Posten zu bekommen."

Als ich dazu erzählte, wie anders das in China aussähe, welche besonders enge Verbindung dort zwischen Soldaten und Bevölkerung bestünde, meinte man, daß diese Verbindung in der DDR gar nicht erwünscht sei, man würde z. B. ständig den Standort der Soldaten wechseln.

Ich berichtete dann von den Streiks und Erschießungen von Arbeitern in Polen, auch von der Festnahme von GRF-Genossen in Ostberlin als Beispiele der faschistischen Unterdrückung in den Ländern des Warschauer Pakts. Eine Frau hatte davon gehört, aber über Verwandte aus der Bundesrepublik.

„Es handelt sich bei Ihnen aber nicht um die DKP, oder? ", wurde ich gefragt. Ich erklärte unsere Einstellung gegenüber der D„K"P und unseren entschiedenen Kampf gegen sie und erwähnte, daß sie ja von Moskau (auch finanziell) unterstützt wird. „Nicht nur von Moskau, von uns auch", wurde ergänzt.

Sie empörten sich auch darüber, wie die Kreml-Herren einfach über die DDR bestimmen, z. B. bei den Ostverträgen.

„Aber was soll's", meinte jemand, „es ist doch alles so festgefahren, mit der Wiedervereinigung ist es doch vorbei."

„Wir kämpfen für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland", entgegnete ich.

„Aber wie wollt Ihr das denn machen? "

„Ja, wir hier im Abteil sind uns einig. Bestimmt gibt es bei Euch noch viel mehr, die so denken. Wir sind noch wenige aber wir werden mehr, und es geht immer vorwärts. Wir sagen auch: ‚Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns!' "

„Das ist gut. Macht weiter so und viel Glück dazu", wünschte man mir zum Schluß.

Die Einigkeit dieser Menschen aus der DDR in der Ablehnung der Kremlführung und der DDR-Führung, sowie die Hochachtung vor der Leistung der VR China (die sich in der DDR eben nicht totschweigen läßt), das war für mich eine neue Erfahrung. Von ihrer einhelligen Unterstützung des Kampfes für einen „echten" Sozialismus können wir uns alle stärken lassen im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland."

Hsiao Lou

„Gemeineigentum" Marke Moskau

In den letzten Jahren hat Moskau viel Gerede gemacht über die Bildung von „Gemeineigentum" oder „internationalem sozialistischem Eigentum" in der „sozialistischen Gemeinschaft". Die Gründe, die es dafür nennt, sind, daß „die Grenze zwischen den Nationalstaaten" die Entwicklung der Produktivkräfte „eingeengt hat" und daß „Widersprüche entstanden sind zwischen dem Eigentum einer Nation und den Produktivkräften, die immer mehr einen internationalen Charakter nehmen". Deshalb, um diesen Widerspruch zu lösen, sei es notwendig, „Gemeineigentum" in der „großen Gemeinschaft" zu bilden usw. Das ist ein neues und außerordentliches Eingeständnis der Sowjetrevisionisten, die anderen Mitgliedsstaaten des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) annektieren zu wollen.

Was bedeutet „Gemeineigentum"? Die Sowjetrevisionisten haben die folgende Interpretation geliefert: „Kein Staat, der sich an der Integration beteiligt", „hat das Recht, über seinen nationalen Reichtum zu verfügen". Die Bedeutung ist sehr klar: Der Reichtum der anderen RGW-Mitgliedsstaaten muß zu „gemeinsamen Eigentum" gemacht werden. Sie haben kein Recht, ihren eigenen Reichtum zu kontrollieren, wohingegen die neuen Zaren, die sie beherrschen, das Recht haben, über alles zu verfügen.

Aber wenn es um ihren eigenen Reichtum geht, singen die Sowjetrevisionisten eine ganz andere Melodie. Ihre „Souveränität" über ihre Naturressourcen behaupten sie, und fordern, daß andere Länder sie „respektieren".

Das sogenannte „Gemeineigentum" ist in der Tat das Eigentum der sowjetischen Sozialimperialisten. Das ist nichts Neues, es ist nur eine aufpolierte Fassung der „Theorie von der begrenzten Souveränität", der berüchtigten Doktrin von Breschnew.

Die „Argumente" für das „Gemeineigentum" – die angeblich durch nationale Grenzen eingeschränkte Entwicklung der Produktivkräfte und die Widersprüche zwischen dem Eigentum einer Nation und den Produktivkräften auf internationaler Ebene – sind Unsinn und stammen aus Abfallhaufen der Imperialisten vom alten Schlag. Es waren die US-Imperialisten, die sagten, daß „die Nationalstaaten in ihrer bestehenden Form es nicht erlauben, gewisse wichtige Funktionen entsprechend oder wirksam zu erfüllen", und daß die Notwendigkeit der Errichtung einer „Wirtschaftsstruktur der freien Welt", „über die Grenzen der bestehenden politischen Souveränitäten hinweg", besteht. Wie sich die Argumente der zwei Supermächte zur Rechtfertigung der Aggression doch gleichen!

Die Sowjetrevisionisten predigen, daß das „Gemeineigentum" „das Prinzip des proletarischen Internationalismus in Betracht gezogen hat", daß „rückständige Länder unterstützt werden müssen" und daß „die wirtschaftliche Entwicklung aller Länder auf dem gleichen Niveau gehalten werden muß".

Was die revisionistischen Philister betrifft, ist es notwendig, wie Lenin sagte, ihre **„Worte mit den *Taten* zu vergleichen, sich nicht mit idealistischen und marktschreierischen *Phrasen* zufriedenzugeben"**. Tatsächlich haben die Sowjetrevisionisten in den letzten Jahren, in denen sie fieberhaft für „Gemeineigentum" Reklame machten, ihre Kontrolle, Ausplünderung und Ausbeutung anderer RGW-Mitgliedsstaaten verstärkt in Übereinstimmung mit der Theorie, daß die Souveränität anderer Länder „begrenzt" und die der Sowjetunion „unbegrenzt" sei.

Seit 1972 hat die Sowjetunion im RGW einige sogenannte „Gemeinsame Internationale Wirtschaftsgesellschaft" und andere neue übernationale Organe errichtet, die sie in die Lage setzen, nach ihrem Bedürfnis Produktion, Technik und Geldmittel anderer Länder noch strenger zu kontrollieren. Um höchste Profite zu erzielen, ging die Sowjetunion, während sie zungenfertig von der „Souveränität" über ihre nationale Ressourcen redete, kürzlich so weit, Abkommen über die Brennstoffversorgung Osteuropas in völliger Mißachtung der Folge für andere zu zerreißen, und erhöhte die Preise für Erdöl und andere Brennstoffe um über 100 Prozent. Nach Schätzungen hat sie allein am Erdöl in diesem Jahr im Vergleich zum letzten Jahr über 1 Milliarde Rubel mehr eingestrichen. Das ist das Resultat des „Prinzips des proletarischen Internationalismus", den die Sowjetrevisionisten in Betracht ziehen.

PEKING RUNDSCHAU 23

北京周报

Die Landwirtschaft in großangelegter Weise betreiben

Internationale Wirtschaft: Die Dritte Welt schreitet im Kampf vorwärts

Nehmen wir die Mongolei in der „großen Gemeinschaft" als ein anderes Beispiel: Seit der Reichtum der Mongolei zum „Gemeineigentum" der Sowjetunion geworden ist, hat sich die mongolische Volkswirtschaft immer weiter verschlimmert, und das Volk dort verarmt von Tag zu Tag mehr. Die Schulden der Mongolei bei der Sowjetunion im Jahr 1974 entsprachen dem Bruttosozialprodukt mehrerer Jahre. Im Durchschnitt schuldete jeder Mongole der Sowjetunion mehr als 1 600 Rubel. Dies zeigt, wie die Sowjetrevisionisten „rückständige Länder unterstützen" und sich anstrengen, „die wirtschaftliche Entwicklung aller Länder auf dem gleichen Niveau zu halten". Breschnew hat ganz offen erklärt, daß das „Prinzip" der Zusammenfassung aller Unionsrepubliken in eine einheitliche Sowjetunion auch auf „alle souveränen sozialistischen Länder" des RGW anwendbar sei. Es ist der eigentliche Kern des „Gemeineigentums", die RGW-Mitgliedsstaaten in Unionsrepubliken der Sowjetunion zu verwandeln.

Die hegemonistischen Argumente und Akte der Sowjetrevisionisten rufen im RGW immer stärkere Unzufriedenheit und Opposition hervor. Einige Länder haben scharf darauf hingewiesen, daß die Völker aller Länder das Recht haben, über ihre eigenen Naturreichtümer und Ressourcen zu verfügen, und daß „es jeder Grundlage entbehrt, die Bildung internationalen Eigentums als die wichtige und Hauptfrage bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu bezeichnen". Sie verurteilten die üblen Praktiken der Sowjetrevisionisten als „ernste Verletzung der Unabhängigkeit und Souveränität dieser Länder". Das ist die Stimme der Gerechtigkeit. Es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß den neuen Zaren der Versuch nicht gelingen wird, andere RGW-Mitgliedsstaaten zu annektieren. Wenn sie weiterhin so anmaßend handeln, schaffen sich die Sowjetrevisionisten ihre eigenen Totengräber.

(Aus „Peking Rundschau" Nr. 23/1975).

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Der Weg der Partei

DEUTSCHLAND DEM DEUTSCHEN VOLK !

Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage

Genosse G.Schmidt soll ins Gefängnis

"Kleinkriegen werden sie mich nicht!"

Zum 2. Juni erhielt auch Genosse Georg Schmidt die Ladung zum Strafantritt einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten, zu der er wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 verurteilt worden war. Genosse Georg, der jetzt seit einem Jahr bei den Farbwerken Hoechst als Programmierer arbeitet, erklärte seinen Kollegen in einem Flugblatt, worum es geht. Nachdem er auf die Bedeutung des Roten Antikriegstags 1972 und auf seinen Prozeß eingegangen ist, schreibt er:

„Kommunisten möglichst lange aus dem Verkehr zu ziehen – diese Aufgabe erledigt die bürgerliche Klassenjustiz im Interesse des Kapitals immer ungeschminkter. In der Zeit vom 1. 10. 74 bis 1. 3. 75 wurden gegen Revolutionäre und Kommunisten 16 Jahre Gefängnis und über 110 000 DM Geldstrafen und Strafbefehle verhängt.

Mit der Verschärfung der Krise des kapitalistischen Systems nimmt auch die Faschisierung des Staatsapparates zu. Die Unterdrückung gegen die Kommunisten ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Mancher Kollege aus der ADV hat in den letzten Wochen gesagt: ‚Hier ist es jetzt bald genauso wie im Gefängnis!' Magnetausweiskarten und elektronische Ausweisleser, mehrere Sperrzonen im Gebäude: Hoechst hat den Weg zur unausgesetzten elektronischen Überwachung der Belegschaft schon 9 Jahre vor 1984 beschritten. Am Zaun zwischen Straße und Gebäude K 705 wurden extra Sichtblenden angebracht, damit sich bei einem Streik nicht feststellen läßt, ob in der ADV gearbeitet wird! Die bekannte Kamera an Tor Ost und die unbekannte Zahl Kameras, die über das Werk verstreut angebracht sind, beweisen doch wohl: Das Kapital hat gehörige Angst vor den unausbleiblichen Kämpfen der Arbeiterklasse gegen Lohnraub und Kurzarbeit, gegen Entlassungen und politische Unterdrückung.

Bei Ford in Köln, bei Pierburg in Neuß und bei Hella in Lippstadt haben sie bereits Bereitschaftspolizei gegen Streikende eingesetzt, gegen die Kollegen wegen ‚Landfriedensbruch' und ‚Widerstand' Prozesse eingeleitet, ausländische Kollegen abgeschoben. Aber diese Kollegen sind deshalb genausowenig Kriminelle wie ich ein Krimineller bin. Die wahren Kriminellen dagegen stehen in diesem Staat in höchsten Ämtern und Ehren. Ihre Verbrechen werden von der Justiz nicht verfolgt, sondern gedeckt! Oder glaubt etwa einer ernsthaft, daß nach der Hoechst AG ein Staatsanwalt kräht, weil sie erst kürzlich wieder einen völlig unzureichend getesteten TBC-Impfstoff für Babies herausgebracht hat, der bei den Säuglingen gefährliche Geschwüre und möglicherweise bleibende Schäden hinterläßt?"

Am Schluß seiner Erklärung schreibt Genosse Georg: „18 Monate Gefängnis sind kein Pappenstiel. Doch eines kann ich Euch versprechen: Kleinkriegen werden sie mich nicht! Wenn ich wieder draußen bin, werde ich in den Reihen der KPD/ML weiter für den Zusammenschluß der Arbeiter und Angestellten kämpfen."

Genosse Georg, der wie Hubert, Bernd und Peter auch der Polizei Bescheid gab, daß sie ihn schon holen müßten, wenn sie ihn einsperren wolle, war bis Redaktionsschluß noch nicht in Haft.



Am 5. Juni besuchten rund 120 Menschen eine Veranstaltung der Ortsgruppe Frankfurt der KPD/ML, auf der Genosse Georg sprach. Die RHD verlas Grußadressen. Mehrere erstmals Anwesende waren von der Veranstaltung so beeindruckt, daß sie von jetzt ab in den Reihen der Partei oder der RHD kämpfen wollen. Auf der Veranstaltung wurden über 1 000 DM für die politisch Verfolgten gesammelt, weitere 355 DM kamen bei der amerikanischen Versteigerung eines revolutionären Ölbildes ein, das eine Genossin selbst gemalt hatte.

1. Todestag von Genossen Günter

Rede der Genossin Rotraud Routhier

Auf der Veranstaltung in Duisburg am 1. Todestag des Genossen Günter Routhier richtete seine Frau Rotraud einige Dankesworte an die Versammelten, aber zugleich auch an alle, die den Kampf gegen die Ermordung des Genossen Günter unterstützt haben. Sie sagte:

Liebe Freunde und Genossen!

Ich möchte mich, auch im Namen meines Sohnes, für die eindrucksvolle Veranstaltung bedanken. Leider ist es ihm selbst nicht möglich, heute hier dabei zu sein. Obwohl ich persönlich mit seinem Kompaniechef Oberleutnant Joachim telephoniert habe und ihn um Urlaub für den heutigen Tag bat, damit mein Sohn bei mir sein konnte, war es leider unmöglich, ihm diesen zu gewähren. Da ich nicht annehme, daß ein Krieg unmittelbar bevorsteht, ist es für mich bewiesen, daß auch diese Maßnahme wieder ein reiner Willkürakt ist, um seine Teilnahme heute zu verhindern. Mir selbst tut es doppelt leid, daß er nicht dabei sein konnte und miterleben, daß sein Vater nicht vergessen ist, daß er in den Herzen aller Genossen und fortschrittlich denkenden Menschen weiterlebt.

Darüber hinaus möchte ich mich bei dieser Gelegenheit bei all denen bedanken, die mir nach dem Tode meines Mannes geholfen haben. Sei es mit Spenden, oder indem sie Spenden gesammelt haben. Bei all denen, die mir schrieben und bei denen, die mir über die erste schwere Zeit hinweggeholfen haben, indem sie mir das Gefühl gaben, nicht allein zu sein.

Vor allem aber möchte ich mich bei allen Genossen bedanken, die die Wahrheit über den Polizeimord verbreitet haben, ohne Rücksicht auf sich und ihre Sicherheit und die aus diesem Grund heute vor die Gerichte der bürgerlichen Klassenjustiz gezerrt werden.

Es ist mir klar, daß ich Euch nicht bitten muß, weiterzukämpfen, weil ich weiß, daß Ihr alle es Euch zum Ziel gemacht habt, gegen die Unterdrückung, gegen den Kapitalismus und seinen Staatsapparat zu kämpfen bis zum Sieg des Sozialismus!

Rotfront!"





Zum Gedenken an den ersten Tag im Gefängnis Hubert

Diese Zeichnung legte Genosse Hubert, der seit dem 8. 6. in Haft ist, einem Brief bei, in dem er berichtet, wie es ihm bisher ergangen ist. Hubert hatte sich einige Bücher mitgenommen, durfte sie aber nicht lesen, solange er auf dem Schub in die Haftanstalt Niederschönfeld war. Aber auch dort muß er dann erst einen Antrag stellen. Auch sein Geld ist ihm abgenommen worden. Bisher sitzt Hubert allein in einer Zelle. Er schreibt: „ . . . **daß ich allein bin, ist natürlich schlecht, aber ich denke oft an die Partei, an unsere Arbeit, so wird mir die Zeit nicht so lang.**" Er schreibt weiter, daß er viel Sport treibt, allerdings ist das etwas schwierig in einer kleinen Zelle, in der er nur vier Schritte vor, vier Schritte zurück gehen kann.

Genosse Hubert grüßt vor allem die Genossen Peter Bayer und Bernd Reisser. Er wartet auf Nachricht über den Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi und hofft, daß er noch während der Zeit, da er im Gefängnis ist, vom Erfolg des Kampfes hören kann.

Anläßlich dieses Briefes, den Hubert an eine Genossin schrieb, möchten wir unsere Leser noch einmal darum bitten, dem Genossen ins Gefängnis zu schreiben.

Adresse: Hubert Lehmann; JVA Niederschönfeld bei Donauwörth.

1. Todestag von Genossen Günter

Fortsetzung von Seite 1

Hatte die Polizei vor einem Jahr mit unbeschreiblichem Terror versucht, die Trauerfeierlichkeiten zu Ehren des Genossen Günter unmöglich zu machen und selbst bei der Trauerfeier am Grab noch ihren Hubschrauber kreisen lassen, so versuchten sie jetzt, ein Jahr später, hinter Büschen und Sträuchern versteckt, die Teilnehmer der Gedenkfeier zu photographieren und standen mit einer ganzen Hundertschaft vor dem Friedhof, bereit, beim geringsten Anlaß die Freunde und Genossen zu überfallen.

Heute, ein Jahr nach dem Tod unseres Genossen Günter, fürchtet die Bourgeoisie nach wie vor die Wahrheit über seinen Tod. Zu Recht. Denn die Partei, alle Freunde und Genossen des Genossen Günter werden den Kampf gegen diesen Ausbeuterstaat, der ihn ermordet hat, weiterführen. Sie werden – und das bekräftigten alle Versammelten auf dem Friedhof und auf der Veranstaltung der Partei am Abend in Duisburg – nicht ruhen, bis das Kampfziel unseres Genossen Günter, die proletarische Revolution, das vereinte, unabhängige und sozialistische Deutschland erreicht ist.

Korrespondenzen

Korrespondenzen an: Redaktion ROTER MORGEN 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

GELSENKIRCHEN

Ich möchte Euch kurz berichten, wie die Deutsche Bundesbahn hier in Gelsenkirchen die Ausstellung der Volksrepublik China in Köln „unterstützt". Ich war zweimal am Bahnhof, um mich über die Sonderfahrten bzw. Sonderfahrkarten – wie im RM stand – zu erkundigen.

Das erste Mal war ich bei der Auskunft: Dort wußten sie angeblich überhaupt nichts. Nicht einmal den von der Bahn herausgegebenen Prospekt konnte ich da bekommen. Der Beamte sagte, diese Zettel müßten draußen im Ständer sein, wo natürlich kein einziger war. Im Übrigen sollte ich beim Schalter, an dem man die Sonderfahrkarten kriegt, nachfragen. Dort gab mir der Beamte nur auf mein Beharren hin einen Prospekt. Leider habe ich mir diesen nicht sofort angeschaut, sondern hätte ich den Beamten gleich auf den Widerspruch zwischen dem, was er mir sagte und dem, was da gedruckt war, festnageln können. Er sagte mir nämlich, daß überhaupt keine besonderen Maßnahmen der Bahn vorgesehen wären. Deshalb ging ich ein zweites Mal hin. Diesmal sagte mir ein anderer Beamter, daß es Sonderfahrkarten erst ab 100 km (oder ähnlich, jedenfalls nur für größere Entfernungen und nicht von Gelsenkirchen aus gäbe). Bemerken möchte ich noch, daß im gesamten Bahnhof Gelsenkirchen nicht ein einziges Plakat aufgehängt war, während sonst für jeden Mist wie Wallfahrten, heiliges Jahr usw. Plakate rumhängen. So sabotiert die Bahn die Bemühungen der Volksrepublik China, die Freundschaft zwischen dem chinesischen und deutschen Volk zu stärken.

Rot Front! Ein Genosse aus Gelsenkirchen.

WUPPERTAL

Am Sonntag, den 8. 6. hat die Parteizelle bei Vorwerk und Sohn in Wuppertal eine Feierstunde für den am 7. 6. vor 10 Jahren verstorbenen kommunistischen Betriebsrat Karl Hetzel durchgeführt. Ca. 20 Kollegen und Genossen waren anwesend, unter ihnen auch ehemalige Mitkämpfer Karl Hetzels.

Neben einem Sprecher der Parteizelle hielt auch ein Altgenosse eine Ansprache.

Unter anderem sagte er: „Heute vor 10 Jahren haben wir – 400 Vorwerk-Arbeiter und KPD-Genossen, Karl hier zu Grabe getragen. Seit seiner frühesten Jugend, noch vor der Nazi-Zeit, kämpfte Karl in den Reihen des kommunistischen Jugendverbandes. Gleich nach dem 2. Weltkrieg war Karl Mitglied der KPD. Die Belegschaft der Firma Vorwerk und Sohn wählte ihn dann zum Betriebsratsvorsitzenden.

Als ehemaliger Mitkämpfer und Genosse glaube ich sagen zu dürfen, daß Karl sich einmalig für die Belange der Kollegen und für den Sozialismus und Kommunismus eingesetzt hat. 6 Wochen hatte die Belegschaft gegen die Gummi-Bosse unter seiner Führung gestreikt. Es ging damals nicht um eine Lohnerhöhung, sondern darum, daß die Herren Vorwerk die Arbeiter als Kriminelle behandelten und ihre Taschen durchwühlen wollten. Karl widersetzte sich sofort und berief eine Belegschaftsversammlung ein. Fast einstimmig wurde Vorwerk dort verurteilt. Am anderen Tag wurde Karl entlassen. Sofort wurde über einen Streik abgestimmt und die Belegschaft stellte sich voll hinter Karl. Der Streik ging solange, bis die Arbeiter den Sieg errungen hatten und Karl wieder eingestellt wurde und weiter als Betriebsrat arbeiten konnte.

Zeit seines Lebens strebte Karl ein sozialistisches Deutschland an. Uns soll es eine Verpflichtung sein, im Sinne Karl Hetzels den Kampf weiterzuführen, bis wir endlich ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland erkämpft haben."

Wir legten einen Kranz mit roten Nelken nieder und beendeten die Gedenkfeier mit der Internationalen.

Parteizelle bei Vorwerk und Sohn

KASSEL

An mehreren Tagen lief in Kassel der faschistische Film „Europa in Flammen", in dem der imperialistische Krieg und die Aggressionen der deutschen Imperialisten gegen die Völker verherrlicht werden. Die KPD/ML und andere ffortschrittliche Kräfte versuchten zu verhindern, daß dieser Film gezeigt wurde. Da unsere Kräfte nicht stark genug waren, um alles abzuriegeln, sprachen wir die Besucher an und machten ihnen klar, worum es ging. Viele der sehr wenigen Besucher (pro Vorstellung etwa 10-20) stimmten uns zu und gingen nicht in den Film. Schließlich mußte der Film vorzeitig abgesetzt werden.

Genossen aus Kassel

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

AICHACH

Am 11. 6. fand in Aichach ein Prozeß gegen die Lehrerin Eva H., ihren Mann und eine weitere Genossin statt. Genossin Eva H. hatte im Oktober letzten Jahres Berufsverbot erhalten, weil sie angeblich Ausgaben des ROTEN MORGEN zur Ermordung unseres Genossen Günter Routhier verkauft haben soll. Die Genossen waren wegen Hausfriedensbruch angeklagt. Der Staatsanwalt versuchte den politischen Charakter des Prozesses dadurch zu vertuschen, daß er erklärte, der Rektor habe selbst das Recht, den Genossen wegen ihrer „krummen Nase" Hausverbot zu erteilen. Die Genossen entlarvten diesen Unsinn und machten klar, daß die Schulbürokratie mit den Hausverboten verhindern wollte, daß die kommunistische Lehrerin vor Eltern und Schülern zu ihrer Suspendierung Stellung nimmt. Durch den Kampf der Genossen mußten mehrere Anklagepunkte fallengelassen werden. Genosse H. und eine andere Genossin wurden freigesprochen. Genossin Eva H. wurde zu 150 DM Geldstrafe verurteilt. Die Partei konnte anläßlich des Prozesses mehrere neue Kontakte knüpfen.

HAMBURG

In zweiter Instanz wurde das Urteil über 500 DM gegen einen Hamburger Genossen bestätigt. Der Genosse war wegen Sachbeschädigung und Widerstand angeklagt. Er soll ein Plakat der Partei geklebt haben. In erster Instanz war der Richter ein offen reaktionärer Vertreter der bürgerlichen Klassenjustiz, der gar nicht erst den Anschein von „Objektivität" erwecken wollte. Im Berufungsverfahren gab der Richter sich dagegen sehr liberal, mokierte sich über das „leichtfertige Urteil der 1. Instanz", gab sich distanziert gegenüber den Aussagen der Polizeizeugen und ließ auch politische Erklärungen des angeklagten Genossen zu. Bei der Urteilsverkündung aber zeigte sich, daß diese „Liberalität" nur Taktik war, um den Prozeß möglichst gut über die Bühne zu ziehen. In der Urteilsbegründung sagte er, er hätte am liebsten ein dreifach höheres Urteil ausgesprochen, aber er dürfe ja leider das Urteil der ersten Instanz nicht übersteigen. Das Urteil von 500 DM wurde bestätigt.

STUTTGART

Der Stuttgarter Genosse Peter K. erhielt wegen „böswilliger Verächtlichmachung oder Beschimpfung der Bundesrepublik" vom Amtsgericht München einen Strafbefehl von 1 200 DM. Die Anklage bezieht sich auf drei Notizzettel, auf denen sich Genosse Peter K. Notizen für seine Verteidigung gemacht hatte und die von der Münchner Staatsanwaltschaft während der Verhandlung beschlagnahmt worden waren. Hier wird ein Kommunist also verurteilt, weil er sich vor Gericht als Kommunist verteidigt. Damit soll jede revolutionäre Verteidigung vor Gericht unmöglich gemacht werden.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

WESTBERLIN

Erneut wurde der ROTE MORGEN vom Landgericht Westberlin nicht an Brigitte Asdonk ausgehändigt. In der Begründung heißt es: „Die Aushändigung der Postsendung an die Angeklagte würde die Ordnung in der Haftanstalt gefährden." Wie Brigitte Asdonk uns mitteilt, wurde ihr noch keine einzige Ausgabe des ROTEN MORGEN ausgehändigt.

Dem Sozialimperialismus wird der Weg gebahnt

Fortsetzung von Seite 1

len des Heldentums gekrönten Opfer eines großen Teils von Polizei und Streitkräften und zwar nicht nur der Soldaten, sondern auch ihres Offizierskaders, von den Gerichten gar nicht zu reden."

Diese Anbetung der Unterdrükkerordnung und seiner Instrumente wie Polizei, Streitkräfte und bürgerliche Klassenjustiz angesichts des immer heftigeren Kampfes der italienischen Werktätigen gegen Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Elend, angesichts des wachsenden Terrors der Staatsorgane gegen Revolutionäre, zeigt klar, welche Aufgabe der revisionistischen „K"PI zugedacht ist, wenn sie an die Regierung kommt: die Aufgabe der Feuerwehr des Kapitals, die den Kampf der Arbeiterklasse mit Betrug und Terror löschen soll, wenn die Flammen hoch zu schlagen drohen.

Aber wie das Beispiel Portugals gezeigt hat, heißt eine Regierungsbeteiligung der Revisionisten zugleich auch, daß dem Einfluß des sowjetischen Sozialimperialismus im Land Bahn gebrochen werden soll, daß für die sowjetischen Sozialimperialisten günstige Bedingungen bestehen, ihre Vorherrschaft über das Land zu errichten. Denn die modernen Revisionisten sind nicht nur Verräter und Saboteure der Revolution, sondern sie sind zugleich eine Agentur der Kremlführer, ihre 5. Kolonne.

Das ist auch in Italien nicht anders als in Portugal. Zwar erklärt Revisionistenführer Berlinguer immer wieder, daß seine Revisionistenpartei von Moskau unabhängig sei. Aber die Tatsachen strafen ihn Lügen. Gewiß, es gibt manche Reibereien zwischen den Sowjetrevisionisten und ihren italienischen Ablegern, doch bestehen die mehr oder weniger zwischen all diesen Revisionistenparteien. Und das ist auch nicht verwunderlich. Wenn man wie all diese Betrüger den Marxismus-Leninismus erst einmal verraten hat, ihn lediglich zur Täuschung der Werktätigen als Tarnkappe benutzt, um im Dienste der Bourgeoisie die Arbeiterklasse von der Revolution abzuhalten, so ist es nur natürlich, daß sie sich immer wieder darüber in die Haare kriegen, wer am besten den Marxismus-Leninismus von ihnen verfälscht. Abgesehen davon aber steht Berlinguer nach wie vor zu den sowjetischen Sozialimperialisten, preist ihre faschistische Diktatur als „Sozialismus" und ihre Vorbereitungen zu einem Weltkrieg als Beitrag zur „Sicherheit und Entspannung".

Gerade die von Tag zu Tag zunehmende Krise in Italien bietet den sowjetischen Sozialimperialisten eine willkommene Möglichkeit, mit Schachermethoden wie „wirtschaftliche Hilfe gegen Stützpunkte" dort einzudringen. Bereits heute bemühen sich die Kremlführer auf dem Wege ihrer berüchtigten „wirtschaftlichen Zusammenarbeit" um enge Kontakte zu den italienischen Monopolen wie Fiat, um Einfluß in Italien zu gewinnen und den Einfluß des US-Imperialismus zugunsten der eigenen Vorherrschaft zurückzudrängen. Eine Regierung der Revisionisten in Italien würde daher zugleich bedeuten, daß die Rivalität zwischen den beiden Supermächten sich verschärft.

Portugal wie Italien haben wegen ihrer Lage für die sowjetischen Sozialimperialisten große Bedeutung. Beide Länder sind wichtige Stützpunkte für die Kontrolle des Mittelmeerraumes, in dem heute schon die sowjetische Kriegsflotte im Wettrüsten mit dem US-Imperialismus das Übergewicht erreicht. Die Kontrolle über beide Länder würde es den sowjetischen Sozialimperialisten ermöglichen, das Mittelmeer ihrem Diktat zu unterwerfen, die Balkan-Länder auch vom Meer her zu bedrohen, insbesondere das sozialistische Albanien, und die Zange, die sie um Europa legen, noch fester anzupacken. Die Vorherrschaft über diese beiden Länder wäre für die Neuen Zaren im Kreml ein noch größerer Anreiz, ihre Vorherrschaftspläne über ganz Europa in die Tat umzusetzen, einen neuen imperialistischen Krieg anzuzetteln mit der anderen Supermacht, dem US-Imperialismus, um die Neuaufteilung der Herrschaft. Einen Krieg, der sich zu einem Weltkrieg zwischen beiden Supermächten entwickeln würde.

Das zeigt, daß die modernen Revisionisten in Italien nicht anders als auch in Portugal nicht nur Saboteure der Revolution, Agenten ihrer Bourgeoisie sind, sondern, daß sie zugleich auch die nationalen Interessen des Volkes nach Unabhängigkeit verraten und die Rolle der 5. Kolonne der sowjetischen Supermacht spielen, die ihren Herren in Moskau den Weg bahnen. Das gilt für die „K"PI nicht anders wie für die Revisionisten um Cunhal als auch für die Revisionisten der D„K"P. Diese Verräter und Betrüger zu bekämpfen, ihren Einfluß unter den Massen zurückzudrängen und sie zu isolieren, hat nicht nur im Kampf für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats, sondern auch im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr außerordentliche Bedeutung!

Diejenigen, die in diesem Kampf konsequent vorangehen, das sind die marxistisch-leninistischen Parteien, in Italien die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten und in Westdeutschland die KPD/ML, die die Machenschaften der modernen Revisionisten und ihrer sozialimperialistischen Führer im Kreml entlarven und bekämpfen. Für die Diktatur des Proletariats, für die Unabhängigkeit der Nation zu kämpfen, das heißt, in den Reihen dieser wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien den Kampf gegen die Berlinguers und Mies, die revisionistischen Verräter und Agenten der Sozialimperialisten aufzunehmen.

Arbeiter in Frankreich besetzen 50 Fabriken

50 Betriebe hält die französische Arbeiterklasse besetzt. Am 12. Juni demonstrierten mehrere tausend französische Arbeiter gegen Entlassungen, gegen die politische Unterdrückung und gegen die Polizeieinsätze in den Betrieben. Am gleichen Tag fanden in einer Reihe französischer Städte Kundgebungen statt. Die Arbeiter befinden sich in vielen Betrieben schon mehrere Wochen im Streik. In Montpellier streiken die Arbeiter z. B. schon 9 Wochen, in Solamea zwei Monate.

Das Politbüro der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten hat in einer Erklärung die Bedeutung des Kampfes gegen die modernen Revisionisten hervorgehoben. Die Erklärung schließt mit dem Aufruf an die Arbeiterklasse und alle Werktätigen und alle revolutionären Studenten: „den Angriffen der Bourgeoisie entschlossen zu antworten und zugleich mit größter Wachsamkeit die zu bekämpfen, die sich in die Reihen der Arbeiter einschleichen, um sich zum Sprecher der faschistischen und expansionistischen Clique der Breschnew und Co. zu machen.

ES LEBE DER GERECHTE KAMPF DER WERKTÄTIGEN GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT UND ENTLASSUNGEN!

NIEDER MIT DER CLIQUE MARCHAIS, LEROY, KANAPA, CATALAA, DEN VERRÄTERN AM PROLETARIAT UND AN DER NATION!

Im folgenden veröffentlichen wir einen Artikel der l'Humanité Rouge, der Zeitung der Kommunisten/Marxisten-Leninisten Frankreichs.



Am 12. Juni demonstrierten mehrere tausend Arbeiter in Paris gegen die Massenentlassungen und gegen die Besetzung von Fabriken durch Polizei- und Faschistenhorden. Unser Bild aus der Zeitung „L'Humanité Rouge" zeigt Arbeiter von Chausson, die für ihre Lohnforderungen und gegen die Besetzung ihrer Fabrik durch faschistische Banden kämpfen. „Mächtiger und einheitlicher Kampf" haben die französischen Genossen über dieses Foto geschrieben.

50 besetzte Fabriken – das ist die höchste Zahl gleichzeitiger Fabrikbesetzungen, wenn man von den Jahren 1936 und 1968 absieht.

In vielen Gegenden Frankreichs besetzten die Arbeiter ihre Fabriken, brechen Streiks aus. Das ist die gerechte Antwort der Arbeiter auf Entlassungen und auf Arbeitslosigkeit. Heute sind mehr als eine Million ohne Arbeit, wieviele werden es morgen sein? Tausende von Jugendlichen werden in wenigen Wochen die Schule verlassen, sie werden keine Arbeit finden. Überall wächst der Zorn. Die Arbeiterklasse kämpft, und sie hat recht; in den Fabriken kämpfen unsere Genossen gegen die Entlassungen, für Arbeit für jeden. Wir unterstützen diesen Kampf grundsätzlich, wie wir den Schlag der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Bourgeoisie mit Werkschutz, mit Polizeihunden und Polizeiketten alle unterstützen. Aber dennoch – genügt das, damit er zum Ziel führt, damit er vorwärtsschreitet im Sinn der wahren Interessen der Werktätigen? Welcher Linie soll man folgen? Es gibt zwei Wege. Den Weg, den die Führer der CGT und der P„C"F vorschlagen? Sie reden von „Unterstützung" der Arbeiter, von „Verteidigung der Freiheiten". Aber zwischen Worten und Taten ist ein großer Unterschied. Unterstützung der Arbeiter? Sie haben sie nicht unterstützt in Lip, bei ORTF, in Hollenstein . . . In Wirklichkeit haben sie sich dem Kampf gegen die Entlassung widersetzt nach der Theorie: „Besser 20 Entlassungen als 50". Sie reden von „Freiheiten", aber ihre polnischen Kollegen schickten Tanks und Polizei gegen Streikende (1971 in Gdansk zum Beispiel). Ihr portugiesischer Freund Cunhal, Sekretär der „kommunistischen" Partei Portugals, ließ ein Antistreikgesetz verabschieden. Und hier stürzen sie sich auf die Arbeiter, die ihre Politik bekämpfen: In der Druckerei Hollenstein wurden die Mitglieder der CGT aus der Gewerkschaft ausgeschlossen – weil sie ihren Streik gegen die Entlassungen bis zum Sieg geführt hatten.

Wir sind vollkommen gegen die Politik der revisionistischen Führer der CGT. Während sie in Worten von „Unterstützung" der Arbeiterklasse, von „Freiheiten" reden, haben sie ganz andere Sachen im Kopf. Wie kann man vorgeben, im Interesse der Arbeiter zu handeln, und sie hindern, der konterrevolutionären Gewalt die revolutionäre Gewalt entgegenzusetzen? Wie kann man vorgeben, im Interesse der Arbeiter zu handeln und schweigen über die Kriegsvorbereitungen des russischen Sozialimperialismus in Europa? Kann man vorgeben, der Vertreter der Arbeiterklasse zu sein, wenn man sie gegenüber den Kapitalisten entwaffnet, wenn man sie entwaffnet angesichts der beiden Supermächte, die die nationale Unabhängigkeit bedrohen, wenn man vor der Arbeiterklasse verheimlicht, daß die Hauptverantwortlichen für die gegenwärtige Krise die beiden Supergroßen sind, die sich gegenseitig bekämpfen, um die Welt zu beherrschen, und die den Geruch des Pulvers über Europa verbreiten? Natürlich nicht! Die revisionistischen Führer sind die aktiven Verteidiger der „Entspannung", der Entmobilisierung, der Kapitulation der Arbeiterklasse vor dem russischen Imperialismus, der Hauptgefahr in Europa.

Das sind die Gedanken, die sie wirklich im Kopf haben, wenn sie vorgeben, gegen die Entlassungen zu kämpfen. Deshalb widersetzen wir uns ihrer Politik radikal, denn sie ist die Politik des Feindes.

Es gibt einen anderen Weg. Jedermann weiß es: Arbeitslosigkeit, Entlassungen verschwinden nicht von schönen Worten, nicht durch vereinzelte Kämpfe, so machtvoll diese auch sein mögen. Einzig die großen Umwälzungen, das Verschwinden des Imperialismus, die proletarische Revolution beendigen die Arbeitslosigkeit, das System der Ausbeutung. Heute stehen die USA und die UdSSR als die beiden größten Wachhunde dieses Systems dem revolutionären Kampf des Volkes im Wege. Um diesen Kampf gut zu führen, gilt es, die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen. Das ist das zentrale Anliegen, der Weg, den man befolgen muß. In dem erbitterten Kampf gegen die Entlassungen, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Angriffe der Bourgeoisie, entlarven wir die, die sich ihm tatsächlich widersetzen, die der Aggression des russischen Sozialimperialismus in Frankreich Schützenhilfe leisten, die die Kämpfe der Arbeiterklasse dazu ausnützen wollen, um ein bürgerliches Regime durch ein anderes zu ersetzen, das im Sold des russischen Imperialismus steht, die Verräter an der Nation und Verräter am Proletariat sind. In ihren Kämpfen entlarvt sie die Arbeiterklasse und wird sie weiter entlarven.

Besetzung der Fabriken gegen die Entlassungen, Wachsamkeit angesichts der revisionistischen Drohungen – das ist eine Linie, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die nationale Unabhängigkeit und die proletarische Revolution stärken wird.

Schluß mit dem Völkermord in Oman! Raus mit den beiden Supermächten aus dem Golfgebiet!

Unter diesen und anderen Parolen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman demonstrierten am 21. 6. in Köln rund 3 500 Menschen, davon mehr als 2 000 ausländische Kollegen und Genossen.

Aufgerufen zu dieser Demonstration, die im Rahmen der Unterstützungskampagne für die Befreiungsbewegung in Oman stattfand, hatten unter anderem die Förderation iranischer Studenten in der BRD und Westberlin, die KPD/ML, die RHD, die Gruppe Rote Fahne und die Liga gegen den Imperialismus. Die Demonstration war erst am 20. 6. genehmigt worden, verbunden mit Auflagen, die den schon angekündigten Abmarschplatz und den Zug durch einige Hauptverkehrsstraßen untersagten. Während der Demonstration wurde im Abstand von 5 m Polizei entlang der Demonstration postiert.

Vor der Demonstration waren in Köln zahlreiche Flugblätter verteilt worden, die die Bevölkerung über den Völkermord in Oman und den Befreiungskampf des Volkes informierten, so daß während der Demonstration zahlreiche Gespräche mit interessierten Werktätigen geführt werden konnten.

Am Abend nach der Demonstration fand in Köln eine Veranstaltung statt, zu der rund 500 Menschen kamen. Begeisterter Beifall gab es hier als ein Zwischenergebnis über die Geldsammlung zur Unterstützung des Befreiungskampfes bekanntgegeben wurde: mindestens 20 000 DM sind bisher zusammengekommen.

Delegation der Kommunisten/Marxisten-Leninisten Frankreichs in der VR China



Ein Bild vom letzten Treffen der Genossen Keng Piao und Jacques Jurquet im November 1973.

Keng Piao, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen des Zentralkomitees der KP Chinas gab ein Bankett zu Ehren der Delegation der Kommunisten/Marxisten-Leninisten Frankreichs. Die Delegation der französischen Genossen, die am 5. Juni in Peking eintraf, wird vom Genossen Jacques Jurquet angeführt. An dem Empfang, der in herzlicher und freundschaftlicher Atmosphäre verlief, nahmen auch Genosse Feng Hsiuan, Mitglied des Zentralkomitees der KP Chinas und andere Genossen teil.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Palästina

Die Revolution ist stärker denn je

Vier palästinensische Freiheitskämpfer haben am 15. Juni das Wehrdorf Kfar Juval der israelischen Zionisten in der Nähe der libanesischen Grenze angegriffen, ein Haus besetzt, eine Frau gefangengenommen und die sofortige Freilassung von palästinensischen Revolutionären verlangt, die in Gefängnissen der Zionisten eingekerkert sind. Nach tapferem, mutigem Kampf gegen eine zionistische Übermacht starben die vier Fedajin den Heldentod für die Revolution des palästinensischen Volkes.

Nachher haben die israelischen Zionisten und die bürgerliche Presse diese Aktion für ihre verlogenen Propagandazwecke auszunutzen versucht, mit der sie den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes als eine Reihe von einzelnen, isolierten Aktionen von „Verbrechern" verunglimpfen, die sich sogar nicht scheuen würden, „wehrlose Bauerndörfer" zu überfallen. Die Wirklichkeit aber ist, daß das palästinensische Volk in seinem Freiheitskampf vorwärtsstürmt, und daß die Kämpfer, die ihre Operationen und Aktionen ständig ausweiten und verstärken, ihren Feinden schwere Schläge versetzen, vor denen sie zittern.

Die „wehrlosen Bauerndörfer" der Propaganda der israelischen Zionisten sind in Wirklichkeit bis an die Zähne bewaffnete Garnisonen, Stützpunkte der israelischen Besatzer auf palästinensischem Boden. Hier leben rassistische Siedler, die keineswegs „friedlich das Land bestellen und urbar machen", wie sie behaupten, sondern die das palästinensische Volk grausam aus seiner Heimat, von seinem Boden vertreiben, es unterdrücken und die Früchte seiner Arbeit und seines Schweisses an sich reißen. Raub, Aggression und Unterdrückung der palästinensischen Nation, das ist das wirkliche Gesicht des zionistischen Regimes. Und so wie 1948 der Gründungsakt des israelischen Staates die Vertreibung von 800 000 Palästinensern war, so, wie dieser Staat durch die Aggressionskriege der fünfziger und sechziger Jahre sein Territorium noch um ein Vielfaches vergrößerte, so wie er Zigtausende von Palästinensern einkerkerte und ihnen jegliche Rechte verweigerte – so wuchs der Widerstand dieses Volkes gegen seine Unterdrücker, und es griff vor über zehn Jahren zu dem einzigen Mittel, um dieses Regime und seinen Staat zu zerschlagen und sich zu befreien: zum bewaffneten Kampf für seine nationale Befreiung.

Der bewaffnete Kampf, den das palästinensische Volk seitdem führt, hat sich von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag weiter ausgedehnt. In den Reihen der palästinensischen Befreiungsorganisation kämpfen heute Tausende und Abertausende der besten Söhne und Töchter des palästinensischen Volkes. Und gerade jetzt zeigen sie, daß die palästinensische Revolution stärker ist als jemals zuvor. Sie greifen die Zionisten Tag um Tag an und diese sind nirgends sicher, weder am Westufer des Jordan noch in ihrer „Hauptstadt" Tel Aviv. 43 Operationen führten die Befreiungskämpfer allein im April durch, töteten zahlreiche feindliche Soldaten und zerstörten die militärischen Anlagen der Zionisten. Am 15. Mai, dem 27. Jahrestag der Besetzung Palästinas durch die Zionisten, sprengten die Kämpfer im Nordosten von Tel Aviv 2 Munitionsfabriken in die Luft und verwandelten das Gebiet, in dem 63 solcher Fabriken konzentriert sind, in eine Hölle.

„Isolierte Aktion einiger Terroristen?" – Das ist eine plumpe Lüge der Zionisten, die spätestens am 13. November des vergangenen Jahres für die ganze Welt sichtbar zerschellte. An diesem Tag erhob sich die palästinensische Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten am Westufer des Jordan wie ein Mann unter der Führung der PLO zum Kampf gegen die verhaßten Feinde. Der Generalstreik der Arbeiter, ihre großen Demonstrationen gemeinsam mit den anderen Werktätigen, ihr bewaffneter Kampf mit Eisenstangen und Molotowcocktails gegen die Panzer der Zionisten, der Bau von Barrikaden, all das zeigte, daß sich das palästinensische Volk niemals mit seiner Versklavung und Unterdrückung abfinden wird und entschlossen ist, den Kampf gegen die zionistischen Feinde bis zu Ende zu führen.

Für das palästinensische Volk gibt es keine andere Lösung, keinen anderen Weg für seine nationale Befreiung als den revolutionären Volkskrieg. Die beiden Supermächte, die USA-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten, die wie überall auf der Welt auch im Nahen Osten miteinander um die Vorherrschaft kämpfen, haben gerade jetzt verschiedene Komplotte ausgeheckt, um die palästinensische Revolution zu unterdrücken. Die „schrittweise" Lösung der amerikanischen Imperialisten und das Projekt der Genfer Konferenz der Neuen Zaren im Kreml haben beide nur einen Zweck: das palästinensische Volk soll die Waffen niederlegen, die Existenzberechtigung des zionistischen Staates anerkennen und sein Geschick von der einen oder anderen Supermacht bestimmen lassen. Aber noch während die beiden Supermächte viel Lärm über ihre Pläne machen und vom Frieden reden, ist die palästinensische und libanesische Bevölkerung im Südlibanon den grausamen Angriffen der Zionisten ausgesetzt, den Bomben und dem Artilleriebeschuß, den Überfällen auf die Lager, in denen die palästinensischen Flüchtlinge leben. **Das palästinensische Volk ist aber wachsam. „Der Imperialismus wird nicht von sich aus gehen, nur durch unseren bewaffneten Kampf können wir ihm die Niederlage beifügen", erklärte am 15. Mai der Vertreter der PLO in Khartum.**

Erst dann, wenn der zionistische Staat zerschlagen ist und das palästinensische Volk seine Befreiung erkämpft hat, wird die sogenannte Palästina-Frage gelöst sein: Ein neues, unabhängiges, demokratisches Palästina wird erstehen, in dem das Volk frei von nationaler Unterdrükkung und Versklavung ist.

Der Weg dahin mag noch lang und voller Schwierigkeiten sein, aber letzten Endes wird das Volk den Sieg im Volkskrieg erringen, denn es kämpft für eine gerechte Sache und hat dabei die Unterstützung aller freiheitsliebenden und revolutionären Völker der Welt.

Großveranstaltung der Kommunisten/ Marxisten-Leninisten Frankreichs

Frauen-vereinigt Euch!

Am 13. Juni fand in Paris eine Großveranstaltung der französischen Kommunisten/Marxisten-Leninisten unter dem Thema statt: „Solidarität mit dem Kampf der Frauen in der ganzen Welt!" Über 1 000 Menschen, darunter eine große Anzahl Frauen, waren zu der Veranstaltung im Saal der Mutualité gekommen.

Neben zwei Genossinnen aus der Volksrepublik China nahmen an der Veranstaltung auch Frauenvertreterinnen aus Palästina, Guadeloupe und Tunesien sowie eine Frauendelegation der KPD/ML teil.



Vertreter der Delegation der KPD/ML überreichten den französischen Genossinnen eine Parteifahne.

In der zentralen Rede, die eine Genossin im Namen der Frauenabteilung der Zeitung der Kommunisten/Marxisten-Leninisten „L'Humanité Rouge" hielt, wurde hervorgehoben, daß die Frauen auf der ganzen Welt in den revolutionären Kämpfen eine immer größere Rolle spielen. Ihr Kampf gegen die besondere Unterdrückung und Ausplünderung der Frauen reiht sich ein und ist ein untrennbarer Bestandteil der proletarischen Revolution sowie des nationalen Befreiungskampfes. **„Die Frauen sind eine große revolutionäre Kraft", wurde in der Rede betont. „Sie haben das bewiesen und beweisen das jeden Tag aufs neue. Ohne ihre Teilnahme kann keine Revolution siegreich sein, kann kein nationaler Befreiungskampf triumphieren."** Entschieden wurden die Machenschaften der modernen Revisionisten verurteilt, die den Kampf der Frau völlig verraten haben, um die Unterdrückung der Frau wie den Kapitalismus überhaupt aufrechtzuerhalten und zu verewigen.

Auf der Veranstaltung herrschte eine begeisterte revolutionäre und internationalistische Atmosphäre. Grußbotschaften von vielen Seiten wurden verlesen, aus Peking, aus Tirana, Schweden, Belgien, Großbritannien und den Niederlanden. So war es auch ein bewegender Augenblick, als die Genossinnen der Delegation der KPD/ML den französischen Kommunisten/Marxisten-Leninisten eine Fahne unserer Partei überreichten als Ausdruck der Einheit im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte und im Kampf für die Befreiung der Frau in der proletarischen Revolution.

In der Grußbotschaft der KPD/ML heißt es, daß die Frauen auf der ganzen Welt doppelt Grund haben zu kämpfen, denn auf ihnen lastet die Ausbeutung und Unterdrückung am schwersten. „Immer mehr Frauen erkennen, daß sie gemeinsam mit ihren Männern für den Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems kämpfen müssen, daß sie die Befreiung und Gleichberechtigung nur im Sozialismus erringen können." Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr durch die beiden imperialistischen Supermächte, heißt es in der Rede: „Ob in den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker, ob in den Ländern der Zweiten Welt, ob in Amerika oder Rußland, wir arbeitenden Frauen werden in der Front der Völker stehen, um den beiden Supermächten die Waffen aus der Hand zu schlagen, sei es im Volkskrieg oder in der Revolution." An anderer Stelle der Grußbotschaft heißt es: „Unsere Vorbilder sind die mutigen Frauen von Kambodscha und Vietnam, die jetzt den Sozialismus in ihren Ländern aufbauen. Unsere Vorbilder sind die albanischen Frauen, von denen Enver Hoxha sagte, daß das albanische Volk ohne sie nie den Faschismus hätte besiegen können. Unsere Vorbilder sind die chinesischen Frauen, die auf allen Gebieten die Festigung der Diktatur des Proletariats vorantreiben. Unsere Vorbilder sind alle revolutionär kämpfenden Frauen, wie Rosa Luxemburg in unserem Land, die mit Karl Liebknecht die KPD gegründet hat und dafür von den Sozialdemokraten meuchlings ermordet wurde. Wie Clara Zetkin, die Sekretärin der 3. Internationale für die kommunistische Arbeit unter den Frauen war. **Clara Zetkin betonte immer, daß es keinen gesonderten Kampf der Frauen aller Klassen für ihre Emanzipation geben kann, daß das nichts als bürgerlicher Betrug ist. Daß unser Kampf, der Kampf der arbeitenden Frauen untrennbarer Bestandteil des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse werden muß."**

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/ VIETNAM

Aus aller Welt

SPANIEN

Über 35 000 Arbeiter der baskischen Provinzen Vizcaya und Guipuzcoa im Norden Spaniens führten am 11. Juni Kurzstreiks durch im Rahmen des Kampftages gegen das Franco-Regime, vor allem gegen den vor zwei Monaten verhängten Ausnahmezustand und gegen den Terror des Regimes, das den gerechten Kampf der Basken zu unterdrücken sucht. Die Streiks lähmten die Arbeit in über 150 Betrieben von San Sebastian, Bilbao und Pamplona, wie auch in anderen Städten der Provinz Guipuzcoa. Auf den Straßen von Pamplona fand eine Protestdemonstration statt. Diese machtvolle Bewegung der baskischen Bevölkerung spricht für ihren Mut und für ihre Entschlossenheit, trotz der breiten Terrorkampagne, trotz der Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Morde, die das Franco-Regime in diesem Gebiet durchführt, gegen das machthabende Regime zu kämpfen.

SCHWEIZ

Über 2 000 Schweizer und ausländische Arbeiter demonstrierten in Genf am 9. Juni gegen Entlassungen, Betriebsstillegungen und Lohnraub. Auf der Demonstration wurden Transparente getragen mit Losungen wie „Gegen Entlassungen, gegen Arbeitslosigkeit!" und „Solidarität mit allen kämpfenden Arbeitern!"

KOLUMBIEN

Streikende Arbeiter und Studenten haben laut Presseberichten in den drei Provinzen Antioquia, Atlantico und Valle del Cauca große Protestdemonstrationen durchgeführt, bei denen es zu Straßenkämpfen mit den Polizeitruppen kam. Die Regierung verhängte über die drei Provinzen den Belagerungszustand. Wie stark der Kampf der Bevölkerung der Stadt La Dorada ist, wo es ebenfalls zu schweren Kämpfen zwischen bewaffneten Revolutionären und Polizeitruppen kam, zeigt sich daran, daß die Regierung über diese Stadt am 7. Juni Ausgehverbot verhängte. Unter der Führung der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten führt das kolumbianische Volk bereits in mehreren Teilen des Landes den offenen bewaffneten Kampf für seine Befreiung.

OMAN

Die mutigen Kämpfer der Befreiungsfront Omans haben in einer großartigen Aktion dem reaktionären Quabus-Regime einen schweren Schlag versetzt. Nur 500 Meter vom Sultanspalast entfernt sprengten sie eine der Festungen des Sultans in die Luft, wobei sie zugleich über 100 Feinde unschädlich machten.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
Im Sommer	26.2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Defekter Kranwagen und Übermüdung

Soldat bei Manöver getötet

Beim letzten Manöver der Panzergrenadierbrigade 13 in Wetzlar Ende April '75 ist ein Kranwagen vom Instandsetzungs-Trupp der Panzerpionierkompanie 130 auf der Autobahnbrücke bei Limburg ins Schleudern gekommen und umgestürzt. Dabei wurde der Beifahrer des Wagens getötet.



Jugendliche Arbeiter, Schüler, Soldaten in der Bundeswehr, reiht Euch ein in den Kampf der ROTEN GARDE!

Die Soldaten hatten vorher an einer Nachtübung, die bis morgens um 11 Uhr dauerte, teilgenommen. Nach 30 Stunden Dienst konnten sie nur bis Mittag schlafen. Danach mußten sie total übermüdet den Kranwagen übernehmen und sich auf die Fahrt begeben. Nach einigen Stunden Fahrt ohne Unterbrechung ist dann spät abends der Unfall passiert. Wobei an dieser Stelle erwähnt werden muß, daß die Führung eines Kranwagens ungeheure Konzentration erfordert, weil dieser Kranwagen schon bei geringer Geschwindigkeit leicht ins Schleudern kommen kann. Dazu kommt noch, daß von Soldaten des Instandsetzungs-Trupps festgestellt wurde, daß dieser Kranwagen nicht voll funktionsfähig sei, da die Lenkung nicht mehr in Ordnung war und daher beim Lenken ein sehr großer Spielraum da war.

Der Stab der Panzergrenadierbrigade besaß solchen Zynismus, auf die Feststellung von Soldaten, daß schon vorher bekannt war, daß der Kranwagen nicht richtig in Ordnung war, zu antworten, man hätte gleich an der Unfallstelle den Fahrer des Kranwagens befragt und der hätte geantwortet, daß der Kranwagen völlig in Ordnung sei. Was der Stab natürlich nicht erwähnte, ist, daß 1. der getötete Beifahrer ein Freund des Fahrers war, beide kamen aus demselben Dorf, und daß 2. der Fahrer einen derartigen Schock bekam, daß er sich kurze Zeit nach dem Unfall von der Brükke stürzen wollte, um Selbstmord zu begehen. Der Fahrer ist bis heute nicht vernehmungsfähig.

Der getötete Soldat war verheiratet und hatte ein Kind. Wenig später wurden die Soldaten bereits mit Drohungen, Einschüchterung und Erpressung dazu gezwungen, das Maul zu halten. Trotz der Totschweigungskampagne des Stabs ging diese Nachricht jedoch wie ein Lauffeuer durch die ganze Brigade, durch die ganze Kaserne und jedem Kameraden war klar: Hier wurde ein Soldat, ein Kamerad von uns nicht irgendwie getötet oder kam auch nicht irgendwie per Zufall ums Leben, nein, das war einkalkulierter, eiskalter Mord!

Kommunistischem Lehrer droht Entlassung

Eltern und Schüler solidarisieren sich

Der kommunistische Lehrer Karl-Heinz Deusch, Lehrer in Sindelfingen, soll entlassen werden. Wenige Tage nach den Osterferien erschien ein Schulrat bei ihm im Klassenzimmer. Als Begründung für die unangemeldete Überprüfung gab er an: „Zweifel an der Verfassungstreue". Nähere Angaben wurden nicht gemacht.

Fünf Wochen später wurde Lehrer Deusch zum Oberschulamt vorgeladen. Ihm werden Photokopien von einem Flugblatt und zwei Zeitungen einer inzwischen längst aufgelösten Organisation von 1971 bis Anfang 1972 vorgelegt. In Wirklichkeit ist aber nicht dieses Material der Grund für die „Zweifel an der Verfassungstreue". Angefangen hat der Schriftwechsel zwischen Oberschulamt und Innenministerium nach einer Hausdurchsuchung in drei Wohnungen und im Buchladen „Roter Morgen" in Stuttgart, bei denen angeblich die Adresse des Lehrers gefunden worden sein soll.

Zunächst wird versucht, ihn als schlechten Lehrer hinzustellen. Dieser Versuch scheitert jedoch. Die überwiegende Mehrheit des Kollegiums will, daß der Kommunist Karl-Heinz Deusch weiter Lehrer bleibt und unterschreibt eine Stellungnahme an das Schulamt. Die Schüler seiner Klasse sind hell empört. Sie fertigen spontan kleine Plakate an. Als die ersten entfernt werden, werden am nächsten Tag noch mehr angebracht. Im ganzen Schulhaus ist zu lesen: Wir bleiben bei Herrn Deusch! Auch in die Briefkästen des Rathauses und der Sindelfinger Zeitung werden solche Zettel gesteckt.

Die Angst der Schulbürokratie davor, daß die Eltern der Kinder und die Bevölkerung etwas von der geplanten Entlassung eines Kommunisten erfahren, ist groß. Ein Elternabend wird verboten. Immer wieder wird der Lehrer ermahnt, er dürfe niemanden über seine drohende Entlassung informieren. Genosse Karl-Heinz hält sich natürlich nicht daran. Wie sonst soll der Kampf gegen die Entlassung geführt werden, wenn nicht mit den Eltern, Kindern und Kollegen?

Die KPD/ML verteilt ein Flugblatt, in dem gezeigt wird, daß das Berufsverbot gegen Lehrer Deusch kein Einzelfall ist, sondern Teil der zunehmenden Faschisierung des Staates. Inzwischen haben auch die Eltern – allen Maßnahmen der Schulbürokratie zum Trotz – mit einer Unterschriftensammlung gegen die Entlassung des kommunistischen Lehrers Deusch begonnen.

Wir bleiben bei Herrn Deusch

Mit kleinen Flugzetteln kämpften die Schüler für ihren Lehrer Deusch.

Studentendemonstration Mainz

"Polizei und Revisionisten-Hand in Hand"

Am 19. 6. fand in Mainz eine Demonstration der Studenten gegen die Verschlechterung der Ausbildung statt. Diese Demonstration stand unter Führung der modernen Revisionisten des „M"SB Spartakus, der Hochschulgruppe des „K"BW, des LHB und anderen Studentenorganisationen.

Der KSB/ML beteiligte sich nicht an dieser Aktionseinheit. Die Genossen verkauften den ROTEN MORGEN und machten Propaganda gegen die modernen Revisionisten. Der „K"SV, die Studentenorganisation der GRF, versuchte sich bis zuletzt an dieser Aktionseinheit für diese Demonstration zu beteiligen. Als dies nicht klappte, bildeten sie einen „revolutionären Block" innerhalb des Demonstrationszuges.

Als die Demonstration auf den Marktplatz in Mainz einbog, riegelte auf Anforderung der modernen Revisionisten, die Polizei den Markt ab, um zu verhindern, daß der „K' SV-Lautsprecherwagen auf den Platz fahren konnte. Während die modernen Revisionisten über Megaphon die Genossen in übelster Weise beschimpften, überfielen die Polizisten den Lautsprecherwagen.



Von den Revisionisten angeforderte Polizisten schlagen Revolutionäre und Kommunisten zu Boden. Die Genossen wehren sich mutig und kämpfen drei bereits verhaftete Genossen frei.

„Wir hatten gemeinsam mit den Genossen des „K"SV Ketten gebildet, um Genossen des „K"SV zu schützen und den Lautsprecherwagen zu sichern. Die Polizei schlug brutal auf uns ein, und es gelang ihnen, den Wagen zu rauben", berichteten uns die Genossen aus Mainz. Aber durch den entschlossenen Kampf konnten 3 verhaftete Genossen, darunter auch der Sprecher des „K"SV, wieder befreit werden. Es wurde die Parole „Polizei und Revisionisten – Hand in Hand" gerufen. Im weiteren Kampfverlauf gelang es auch, den Lautsprecherwagen, den die Polizei schon beschädigt hatte, wieder freizukämpfen. Dies war ein Erfolg des gemeinsamen revolutionären Kampfes.

Hunderte von Mainzer Bürgern sahen diesen Überfall der Polizei und konnten selbst miterleben, wie hier die modernen Revisionisten gemeinsam mit dem Staatsapparat gegen Revolutionäre und Kommunisten vorgehen.

Auf einer Veranstaltung vor der Demonstration berichtete der Genosse Droege über sein drohendes Berufsverbot an einer Rüsselsheimer Schule und wie die KPD/ML und die Rote Garde dagegen erfolgreich gekämpft hatten. Als er das Verhalten von D„K"P-Lehrern bei Berufsverboten entlarvte, forderten die Revisionistenführer ihn auf, sofort aufzuhören. Als er das nicht tat, drehten sie das Mikrofon ab und forderten alle auf, den Saal zu verlassen.

Die modernen Revisionisten des „M"SB sind die ärgsten Feinde in den Reihen der Studenten, die mit allen Mitteln und sei es in Zusammenarbeit mit dem Polizeiapparat, den revolutionären Kampf der Studenten verhindern wollen.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname. ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift..............................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 26/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW

Dortmund 30, Wellinghoferstr. 103, Tel.: 0231 / 41 13 50, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18, Sa. 10-14 Uhr.

LV Wasserkante

Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137, Öffnungszeiten: Mo-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen

Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 15 62, Öffnungszeiten: Di. und Do. 16.30-19, Sa. 9-13 Uhr.

LV Süd-West

Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel. 0621 / 37 67 44, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17-18.30, Sa. 9-13

LV Baden-Württemberg

Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9.30-13 Uhr

LV Bayern

München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel. 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Westberlin

Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstenerstr. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. 16-19, Sa. 9-13 Uhr

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bernhard-Ernst-Str. 5, (im Hof), Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

WESTBERLIN
Veranstaltung zur Einheit der Marxisten-Leninisten. Es spricht der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust. Samstag, 28. Juni, 19 Uhr, „Neue Welt", Hasenheide.

GROSSKUNDGEBUNG
DER KPD/ML
ZUR KIELER WOCHE

28. Juni, 11 Uhr
Kiel-Gaarden
Elisabethstraße

FREIBURG
„Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte!" 3. Juli, 19.30 Uhr, „Tennenbacher Hof", Ecke Tennenbacher Str. / Sautierstraße.

NEUERSCHEINUNG IM ROTFRONT-VERLAG KIEL

Volksrepublik China
Neues Leben im Sozialismus



Einige grundlegende Tatsachen über China
10 Fragen und Antworten
ROTFRONT-VERLAG KIEL

132 Seiten, Preis DM 4,00
Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49